

P R O T O K O L L

über die 27. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am
Dienstag, 6. Juli 1982, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

VI ZEBÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

STADTRÄTE:
Rudolf Fürst
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Heumann
Karl Hochrathner
Karl Holub
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Franz Mayr
Rudolf Pimsi
Josef Radler
Friedrich Reisner
Erich Sablik

Herbert Schwarz
Rudolf Steinmassl
Franz Steinparzer
Otto Tremel
Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Rechnungsdirektor Oberamtsrat Ludwig
Stary
Techn. Direktor TAR Ing. Wolf-
gang Wein
Oberamtsrat Helmut Riedler

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Stadtstatut

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

GHJ2-1266/82	Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 2; Fenster- und Haus-türenerneuerung.
GHJ2-4923/81	Steiner Straße 6 - Zubau für die Zeugstätte Löschzug III, Gleink.
GHJ1-3266/82	Ankauf von Einrichtungsgegenständen für das Sportheim Mü-nichholz.
GHJ1-1897/82	Ankauf von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Schulen.
Ha-3510/82	Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jah-re 1982.
Ha-5393/77	6. Subventionsrate aufgrund der Erhöhung des Heimplatz-kontingentes der Stadt Steyr im Studentenheim der WIST OÖ. in Wien.
Ha-2626/82	Institut der Barmherzigen Schwestern; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-2672/82	Peter Langgartner; Reisekostenzuschuß.
GHJ1-5654/81	Neumöblierung von Einbettzimmern im Altbau der Allgemeinen Abteilung im ZAH; Erweiterung der Auftragssumme.
Wa-4125/73	Errichtung von Sperrbrunnen und Beobachtungssonden für die Mülldeponie der Stadt Steyr; Überschreitung der Herstellungskosten.
SH-3054/82	Spende der Sparkasse Steyr; Ankauf eines Zustellfahrzeuges für die Aktion "Essen auf Rädern".
Bau6-2165/81	Leopoldibrunnen am Stadtplatz; Einbau einer Unwälpunpe, Wasserleitungsanschluß und Auftragerhöhung Baumeisterar-beiten.
Bau3-2827/75	Fremdvermessung für Ergänzungsflächen zu 12 Bauplätzen in der Siebererstraße.
Bau2-6650/81	Industriegelände Taschelried; Grundteilung Knogler; Fremd-vermessung.
ÖAG-5876/81	
VerkR-5052/76	Grundverkauf Nusime Maria, Steyr, Kematmüllerstraße 1; Fremdvermessung.
Wa-5956/65	Stadtgutteich Steyr-Gleink; Errichtung eines zweiten Ver-sickerungstrichters.

Bau5-4000/80	Abbrucharbeiten beim Schleifersteg im Wehrgraben.
Bau2-3033/82	Verbreiterung der Verkehrsflächen am Ortskai; Fremdvermessung.
GHJ2-3434/82	Hauptschule Promenade; Instandsetzung von Schultafeln.
GHJ1-3640/82	Ankauf eines Motorrasenmähers einschl. Zubehör und Schneeräumschild für das Zentralaltersheim (Ersatzbeschaffung).
SH-3054/82	Spende der Sparkasse Steyr; Weiterüberweisung eines Teilbetrages an das Rote Kreuz.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) K-2000/82 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1982/83; Abschluß eines Werkvertrages.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) ÖAG-1660/82 Verkauf eines Gewerbegrundstückes Parz. Nr. 1704/9, an Wilhelm Ennsthaler.
- 3) Bau3-3956/81 Verkauf von Siedlerparzellen auf der Ennsleite (sogenannte Hofgründe).

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 4) Ha-3449/82 Rotes Kreuz; Jahressubvention 1982.
- 5) Bau5-130/79 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH; Wohnsiedlung Ennsleite; Unterstützung.
- 6) Buch-6500/81 Rechnungsabschluß 1981.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 7) ÖAG-6116/79 Trinkwasserversorgung Neustift - Gleink und Weinzierl; Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und statische Bearbeitung.
- 8) Bau5-4007/81 Städtische Bäder; Sanierungsmaßnahmen im Freibadbereich.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 9) Bau5-6670/81 Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch Bau2-1370/82 GesmbH; Wohnhausanlage Josefstal; Genehmigung gem. § 58 der OÖ. Bauordnung.
- 10) Bau6-1781/76 Lauberleitenweg; Erklärung zum Wanderweg.
- 11) Bau3-3269/82 Neufestsetzung des Einheitssatzes zur Berechnung des Beitrages zu den Kosten öffentlicher Verkehrsflächen gem. § 21 OÖ. Bauordnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 12) Bau3-6630/81 Asphaltierungsprogramm 1982; Arbeitsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 13) Bau5-4520/79 Kindergarten Resthof; Kostenüberschreitungen.

BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung. Es gibt eine Reihe von Punkten auf der Tagesordnung, die erledigt werden müssen. Ich stelle fest, daß trotz der erheblichen Zahl von Entschuldigungen die Beschlußfähigkeit gesichert ist. Die Einberufung erfolgte ordnungsgemäß. Als Protokollprüfer für heute werden vorgeschlagen die Frau Gemeinderat Ehrenhuber und Herr Gemeinderat Hochrathner. Ich sehe, die beiden Herrschaften haben die Funktion übernommen. Entschuldigt haben sich für heute Herr Stadtrat Wippersberger, Vizebürgermeister Fritsch, Frau Stadtrat Kaltenbrunner und Gemeinderat Feuerhuber, Gemeinderat Schuster, Gemeinderat Seidl und Gemeinderat Mausz. Herr Gemeinderat Holub wird laut Mitteilung etwas später erscheinen. Die Beschlußfähigkeit ist jedenfalls gegeben. Wir können dann in die Tagesordnung eingehen. Aber vorher möchte ich doch auch die Vertreter der Beamtschaft, an der Spitze der Herrn Magistratsdirektor, begrüßen. Wir haben heute, wie Sie sehen, die Herren der Stadtwerke hier, falls es notwendig ist, Aufklärungen zu den Problemen, die angeschnitten werden, zu geben. Ebenso begrüße ich die Vertreter der Medien und vor allem der Presse. Zu Punkt 2 der Tagesordnung Anfragen liegt mir keine derartige vor. Zu Punkt 3 Mitteilungen des Bürgermeisters, möchte ich Ihnen doch einige Hinweise geben, die ich annehme, daß sie für Sie von Interesse sein können. Ich widme mich vordergründlich der Arbeitsmarktsituation. Ich muß die bedauerliche Mitteilung machen, daß sich die Situation nicht so günstig bis jetzt entwickelt hat als wir das wünschen, denn ich habe hier den Bericht Mai vorliegen mit 1.010 Arbeitssuchenden im Arbeitsmarkt Bezirk Steyr, da ist inbegriffen nicht nur die Stadt, sondern auch der gesamte Landbezirk bis Grünburg hinein. Aber immerhin ist das ein überschaubarer Bereich. Gegenüber dem Vormonat April allerdings ist dennoch ein Rückgang um 2 % zu vermerken, aber nun die Vergleichsziffer zum Vorjahr Mai 1980 ist eine erhebliche Steigung von rund 60 % zu erkennen, d. h. daß im Vorjahr ca. 400 Arbeitssuchende vermerkt werden und heuer sind es immerhin im gleichen Monat um die 1.000. Sie werden daher verstehen, daß wir uns überall bemühen, die Aufträge der Stadt Steyr weitgehend voranzutreiben, denn es hat sich gezeigt, daß die Privatinitiative in dieser Zeit relativ eingeschränkt wurde insbesondere am Bausektor und daß keine größeren Aufträge weit und breit sichtbar werden. Nur jene, die eben der Magistrat als Stadtverwaltung hier vergibt oder der Bund oder das Land Oberösterreich. Es ist daher selbstverständlich, daß wir Unternehmer und Manager dann auffordern und aufrufen und ersuchen, von ihrer Seite das mögliche zu tun, daß sich hier Betriebsräte, Kammern, Gewerkschaften und natürlich die Stellen des Bundes und des Landes einschalten. Das werden wir bei jeder Gelegenheit betreiben. Zu dem aber nunmehr einige Positivpunkte, die diese nunmehr nicht bewußt schwarz gezeichneten Wolken doch etwas rosiger erscheinen lassen, denn es ist gelungen, wie sie vielleicht schon aus der Presse entnehmen konnten, daß nach langen schwierigen Verhandlungen, durch die Konkurrenzverhältnisse hervorgerufen, der bauliche Teil der zentralen Kläranlage nunmehr für ARGE der vier Steyrer Firmen, Hamberger, Zwettler, Negrelli und Beer & Janischofsky gesichert werden konnte, wobei ich nochmals hinzufügen möchte, daß das nur der rein bauliche Teil ist, denn der maschinelle und der Ausrüstungsteil wird voraussichtlich nach den Schätzungen eine ebenso hohe Summe erfordern, wird sich aber in der Bauwirtschaft nicht mehr in diesem Maße niederschlagen können. Diese Sicherung ist gegen eine wirklich starke auswärtige Konkurrenz erzielt worden und kann für die Steyrer Wirtschaft nur begrüßt werden. Eine weitere Nachricht, die als positiv zu bezeichnen ist, kommt vom Land Oberösterreich von der Wohnbauförderung, da sie im Rahmen des Wohnbauserprogrammes 1982 nunmehr auch aus diesem Titel 36 Wohnung im Zuge der

"Neuen-Heimat-Siedlung" in Pyrach an diese Gesellschaft zufließen und dadurch auch eine Verstärkung der Bautätigkeit, eine Konzentration in diesem Gebiet, und auch hier mehr Beschäftigung für das Baunebengewerbe sichtbar wird. Eine Nachricht, die auch in diese Richtung zielt, hat ergeben die Herren des Stadtsenates wissen das ja, die Fraktionsvorsitzenden waren bei BMW am 14. Juni - und dort wurde mitgeteilt und ich habe inzwischen auch schriftlich hier die Nachricht, daß etwa um 700 Arbeitskräfte im Motorenwerk beschäftigt sind, heuer allerdings keine Aufnahmen mehr erfolgen werden, jedoch für nächstes Jahr eine Aufstockung auf rund 1.000 Arbeitskräfte vorgesehen ist. Es wurde mir auch noch versichert, daß natürlich die Wünsche der Stadt- und diese haben wir ja brieflich angewendet - weitestgehend berücksichtigt werden - soweit es branchenmäßig möglich ist, hier Steyrer Bürger, Steyrer Arbeiter und Angestellte in das Motorenwerk aufzunehmen. Wir haben darüber hinaus noch eine Broschüre vorliegen. Lediglich die Städte Steyr und Enns haben bisher überhaupt Messungen der Landesbehörde bekommen und es zeigt sich aus diesem Kataster an Messungen aus dem Jahre 1980 und 1981, daß hier nur einige punktuell kritische Punkte in Steyr - was die Lärmentwicklung betrifft, bestehen, aber generell gesehen, wie Messungen ergeben haben, daß Steyr relativ günstig liegt. Ich möchte das nur deswegen zur Kenntnis bringen, weil ansonst Industrieorte überhaupt noch nicht einbezogen sind, sondern hauptsächlich Kur- und Ferienorte bisher bevorzugt wurden aus Gründen, die auch sicherlich begreiflich werden. Eine Nachricht auch für Sie, die ich immer wieder hier bringe. Es handelt sich nicht um die gleichen Fälle, mir kommen laufend Kartengrüße, Dankschreiben, Briefe zu von älteren Mitbürgern, die im Wege der Gemeindeaktion geehrt wurden oder mit Präsenten versehen. Diese Briefe sind teilweise direkt an mich oder an den Gemeinderat adressiert und deswegen möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen nur zwei ganz kurze Auszüge. Eine Frau schreibt hier: In meinem hohen Alter erlebt man nicht mehr viel Schönes. Sie aber haben mir eine große Freude bereitet, die ich gerne genieße. Eine Frau mit 85 Jahren. Ein anderer schreibt hier: Es hat mich sehr gefreut, daß auch an ältere Mitbürger gedacht wird und man sich an sie erinnert. Das sind so kleine, aber oft sehr rührende Hinweise, daß die alten Menschen das sehr bewußt überlegen, wenn sie von der Stadt Steyr eine Ehrung erfahren. Was das Stadtfest anlangt kann ich hier nur sagen, daß der Beginn wider Erwarten einen neuen Besucherrekord erwarten lassen. Die Witterung war ja anfangs sehr günstig. Leider hat dann der Wettergott nicht mehr mitgemacht. Dennoch möchte ich all jenen danken, die nicht nur für die Vororganisation, sondern sich auch bemüht haben, das Stadtfest wieder zu einem Erlebnis für alle Teilnehmer werden zu lassen. Es ist interessant, daß hier gerade das Stadtfest in Steyr eine besondere Note dadurch erhalten hat, daß es kein Jahrmarkt ist, kein Urfahrermarkt, kein Welser Volksfest, daß es eigentlich auch nichts kommerzielles ist im üblichen Sinne, wenngleich die Preise, wie ich gehört habe, nicht überall Anklang gefunden haben, die hier verlangt worden sind. Aber es ist immerhin eine Beteiligung der Steyrer in völlig zwangloser Form geschehen und es hat mit einem Rummel wirklich nichts zu tun. Das, glaube ich, ist die schönste Auszeichnung, die man diesem Fest geben kann. Nicht umsonst gibt es schon Nachahmer. Es war der Bürgermeister Bregartner mit einem Stab von Stadträten und Fotografen hier in Steyr und hat mir gesagt, daß er nächstes Jahr beabsichtigt, in Wels ein Stadtfest anläßlich einer Jubiläumsfeier einer Burg, glaube ich, zu machen und auch das sogenannte Bürgerfest der Gemeinde St. Ulrich dürfte in dieselbe Richtung zielen. Ich möchte hier stellvertretend - ich kann nicht alle nennen, die sich hier besonders verdient gemacht haben - seitens des Gemeinderates hier herausstellen die Herren Gemeinderäte Zagler und Holub, der jedoch noch nicht hier ist, die sich beide bei dem Stand des Komitees für Städtefreundschaft enorm bemüht haben.

Es ist nur ein kleiner Wermutstropfen dabei, denn ich hoffe, daß keine internationalen diplomatischen Verwicklungen dadurch entstehen, denn in der Presse wurde darauf hingewiesen, daß wir so quasi Alkohol geschmuggelt haben aus der DDR nach Österreich. Ich möchte das korrekterweise aufklären, dem ist nicht so. Die Zahl der Flaschen für Alkoholika war genauso bemessen, daß sie auf die Köpfe der Delegation aufgeteilt waren, der Ration entsprachen und daher nicht deklariert werden brauchten. Hier ist keinerlei Schmuggel zu verzeichnen, weder im humoristischen Sinn, noch ernsthaft vorgekommen. An der Spitze muß ich hier wohl Schulrat Tagine erwähnen, denn er hat sich von Beginn an die diese Sache hineingestiegt und heute habe ich mit ihm ein Gespräch geführt und bereits vereinbart, daß er sich wieder bereit erklärt, für 1983 das Fest vorzubereiten und auch federführend zu betreiben.

Die letzte Informationssitzung des Gemeinderates über das Problem Wehrgraben darf ich hier so interpretieren, daß nach Aussage des Präsidenten Dr. Thalhammer, der ja nunmehr in den Ruhestand getreten ist, hier keinerlei Gefahr in Verzug ist, daher erst einmal abzuwarten ist, welche Überschneidungen auch aus der Bescheidsituation sich ergeben, welche Auflagen das Bundesdenkmalamt geben wird, wie sich nunmehr die Wiederaufhebung des Architektenwettbewerbes entwickeln wird. Hier sind noch Fragen mit der Ingenieurkammer zu klären. Also es gibt überhaupt keinen Grund, hier in Unruhe zu verfallen. Es wird von vornherein ein sehr langwieriges Unterfangen sein. Unabhängig davon soll aber dennoch auch in Anbetracht der Dringlichkeit eines Turnsaales für die Kindergärtnerinnenschule der Mehrzwecksaal und die sonstigen Strukturverbesserungseinrichtungen dennoch dringend betrieben werden.

Noch ein Hinweis, der, glaube ich, nicht unerwähnt bleiben soll. Es waren vor etwa 1 1/2 Jahren hier kritische Stimmen über die Glattheit des Belages am Blümelhuberberg. Wir haben nunmehr von der Landesbaudirektion Messungen durchführen lassen. Es hat sich hier eine deutliche Erhöhung der Rauheit des Belages ergeben. Morgen wird die Kurve, die durch Wasserrohrbruch beschädigt wurde, wieder erneuert. Es wird hier auf die Rauheit von vornherein Wert gelegt. Hier ist keinerlei Ursache, unzufrieden zu sein.

Abschließend möchte ich noch erwähnen zwei Dinge. Am Montag vor einer Woche war Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer hier in Steyr, um in einem Informationsaustausch die Frage der Startwohnungen einerseits und andererseits auch die Frage einer Beteiligung des Bautenministeriums an der Erneuerung des Wehrgrabens zu erörtern. Es haben sich in beiden Richtungen doch erhebliche Annäherungen ergeben. Erklärungen der Frau Staatssekretär die sie dem Rundfunk gegenüber gemacht hat und der Presse wiesen darauf hin, daß erhebliche Mittel aus dem Bautenministerium für den Wehrgraben angesprochen werden können, insbesondere was ist Stadtteilerneuerung betrifft. Ebenso wird die Frage der Startwohnungen hier besonders dringend zu behandeln sein und vom Bauamt sind ja bereits entsprechende Umbauvorschläge für die sogenannte Kellerliegenschaft vorgelegt worden. Es muß noch geprüft werden, wie weit es in der finanziellen Abwicklung möglich ist, zwei verschiedene Förderungstypen auf ein Haus zu vereinen. Aber grundsätzlich kann ich sagen, daß dieser Besuch der Frau Staatssekretär für uns sehr wichtig gewesen ist und daß wir uns daraus erhoffen - das hat sich in einem Gespräch bestätigt - daß wir von ihr auch weiterhin vollste Aufmerksamkeit in der Behandlung unserer dringenden aktuellen Probleme erhalten werden.

Als letzte Information für Sie ein Bericht über die Frauenberufsschule wie sie im Volksmund immer noch heißt und auch bei mir im Sprachgebrauch. Wir haben hier drei Schultypen, die einen enormen Zuwachs zu verzeichnen haben, und zwar ist die erst seit kurzer Zeit geführte 5jährige höhere

Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe bereits mit 4 Klassen versehen und dort sind bereits 134 Schülerinnen untergebracht. Und nunmehr kommen zu diesen noch 138 Neuanmeldungen für heuer dazu, wobei jedoch nur unter bestimmten Auflagen 72 aufgenommen werden können. Die 72 können dann aufgenommen werden, wenn wir - amtsintern ist das schon positiv geklärt - den Turnsaal auf 2 Klassen umwidmen, so auch der Jugend von Steyr eine Ausbildungsmöglichkeit zu geben, die sie nicht bekommen würde, wenn wir diesen Schritt nicht tun. Daher ist sicher das Verständnis aller vorhanden, wenn wir diesen Jugendlichen, die sonst unter Umständen weder einen Schulplatz noch einen Lehrplatz bekommen könnten, eine Möglichkeit anbieten, eine Maturaschule zu absolvieren mit den entsprechenden beruflichen Laufbahnen in der Folge. Die 3jährige Frauenberufsschule, die ja auch weiter geführt wird, hat derzeit 128 Schülerinnen in 4 Klassen. 26 beenden jetzt die Schule aber es liegen bereits wieder 100 Neuansuchen vor und von diesen können auch nur 72 aufgenommen werden. Man sieht, eine Schule, die früher schon mehr oder weniger dem Aussterben zugeordnet wurde, hat neue Attraktivität durch die Führung der 5jährigen Ausbildung bekommen. Die 4jährige Fachschule wird ja bekanntlich nach unserem Vertrag auslaufen, die letzten 18 Schülerinnen werden in diesem Schuljahr diese Schule beenden. 1983 ist an keine Weiterführung dieser 4jährigen Fachschule mehr gedacht.

Das, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen - zwar etwas umfangreich, aber nicht uninteressant - vermittelt haben, zumal heute die Tagesordnung nicht so groß angelegt ist, daß wir glauben, damit Zeit vergeudet zu haben, indem ich Ihnen Berichte vorgelegt habe. Damit darf ich Ihnen danken für die Aufmerksamkeit. Wir kommen nun zu Punkt 4, zur Kenntnisnahme jener Beschlüsse des Stadtsenates, die gemäß § 51 Abs. 3 des Statutes vorzulegen sind. Es handelt sich um Anträge und Beschlüsse, zu denen Sie die Amtsberichte zeitgerecht zum jeweiligen Zeitpunkt der Sitzung erhalten haben und alle diese Beschlüsse, die Sie aus der Liste ersehen, wurden erledigt.

Nun kommen wir zum Punkt Verhandlungsgegenstände. Hiezu bitte ich Kollege Heinrich Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen für meinen Bericht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, pflichtgemäß wie jeder Berichterstatter gehe ich zum Pult, damit Sie mich besser sehen und hören können. Es ist hier ein Antrag vor Ihnen, den ich Ihnen nunmehr in kurzen Zügen präsentieren darf.

1) K - 2000/82

Stadttheater Steyr; Abwicklung
der Gastspielsaison 1982/83;
Abschluß eines Werkvertrages

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abgeltung von 20 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1982/83 nach Maßgabe des Amtsberichtes zu den erhöhten Pauschalabgeltungen wird genehmigt.

Der Magistrat Steyr wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen.

Die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17. 9. 1981, K - 1900/81, festgelegten Eintrittspreise werden linear um 10 % für die Gastspielsaison 1982/83 erhöht, wobei auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abgerundet wird.

Die Regelung über die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschuß vom 16. 9. 1980, K - 1800/80, wird beibehalten.
(Beilage A)

Ich bitte Sie um Bewilligung dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Herr Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Herr Bürgermeister hat jetzt im Antrag schon darauf hingewiesen, daß der Werkvertrag mit dem Landestheater Linz eine 10%ige Kostensteigerung der Spielsaison 1982/83 vorsieht, obwohl die Gastspiele nur in gleichem Umfang wie in der Saison 1981/82 angeboten werden. Also diese Mehrkosten von 10 %, die ja schon Jahr für Jahr immer wieder vom Landestheater verlangt werden, werden nun auf Empfehlung auch in der kommenden Spielsaison auf die Theaterbesuche in Form eben einer 10%igen Eintrittspreiserhöhung überwältzt. Meine Damen und Herren! Aufgrund eines mir bekannten Vorkommnisses müßte in Zukunft bei Verhandlungen mit dem Landestheater die Verhandlungen etwas härter geführt werden. Ich bin ja nicht so in der Lage wie die übrigen Parteien in diesem Gemeinderat, da meine Partei ja nicht im Landtag vertreten ist, daher wissen Sie sicherlich besser Bescheid als ich, daß der Oö. Landtag vor wenigen Tagen, am 2. Juli 1982, über die Gebarungsprüfung 1979/80 des Linzer Landestheaters debattierte und zum Teil - wie mir scheint - recht gravierende Unzukömmlichkeiten aufdeckte, z. B., daß dort Zinsenverluste in Millionenhöhe entstehen, dadurch, daß hohe Geldsummen unverzinst am Girokonto liegen. Der politische Verantwortliche für das Landestheater Linz, Landeshauptmann und Kulturreferent Dr. Ratzenböck, mußte ja dem Hohen Haus vor wenigen Tagen mitteilen, daß er den Auftrag gegeben hat zur Abstellung der aufgezeigten Mißstände. Also, es konnte mit den Banken vereinbart werden, daß sie für die Girokonten eine Nachzahlung von S 560.000,-- leisten. Aufgrund derartiger Vorkommnisse, meine Damen und Herren, bezweifle ich auch die aufgestellte Kostenrechnung in bezug auf unseren Werksvertrag. Denn wenn er auf der einen Seite eine Finanzgebarung aufweist, wo es zu keinen Unregelmäßigkeiten gekommen ist, aber wenn man verzichtet auf Zinsen in solchen Höhen - wie ich das eben bescheiden erfahren habe - dann, glaube ich, müßte man auch gegenüber den Wünschen, die der Herr Bürgermeister einleitend gesagt hat, etwas härter sein, und daher glaube ich und ich bin auch nicht der Auffassung, daß man jedes Jahr die Theaterpreise um 10 % erhöhen muß, wobei man ja weiß, daß alle Lohn- und Gehaltsabschlüsse in den letzten Jahren kaum 5 % netto, also meist darunter, abgeschlossen wurden. Ich bin natürlich als Kommunist dafür, daß das Landestheater in Steyr auftritt, das Gastspiel durchgeführt wird, d. h., daß ein Werkvertrag abgeschlossen wird. Ich bin aber nicht der Auffassung, daß man alle Wünsche erfüllt, sondern diese sofort überwältzt. Daher werde ich bei der Abstimmung mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Möchte noch jemand sprechen? Kollege Schwarz.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren!

Dies ist sicherlich der Antrag hier, daß um 10 % die Theaterpreise für uns erhöht werden. Rechnerisch würden sich nur 5 % ergeben, da die Hälfte der Kosten ja nur den Theaterumsatz und den Theaterpreis ergeben. Nachdem

aber unsere Fraktion der Auffassung ist, daß auch hier die Lohn- und Energiekosten gestiegen sind, geben wir diesem Antrag die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch eine Wortmeldung. Herr Bürgermeister Weiss.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Vielleicht darf ich kurz hinzufügen. Wir sind ja als Verhandlungs- und Vertragspartner des Landestheaters nicht in der Lage, in die Finanzgebarung der Theaterverwaltung direkt einzugreifen, sondern wir müssen uns orientieren nach den Abschlüssen der Stadt Linz, Wels usw. Wir haben manches Mal schon Erhöhungen unterlassen, wenn sie uns beim Landestheater z. B. jährlich in irgendeiner Form auferlegt wurden. Wir haben auch schon manches Mal Erhöhungen nicht im gleichen Ausmaß übernommen wie sie von der Theaterverwaltung verlangt wurden und diesmal haben wir eine lineare Erhöhung vorgeschlagen. Ich glaube also, daß hier zweifellos das berechtigt ist, denn, meine Damen und Herren, Theater, Oper, Konzerte usw. zählen zu den Begriffen der Hochkultur. Wir haben eines bemerkt, daß auch in diesen Bereichen oftmals das Bedürfnis nicht so stark ist, wie es manches Mal scheint, denn sonst müßten die Besucherziffern größer sein. Wir werden daher bei unserer ganzen Kulturpolitik - ich habe das auch schon im Kulturausschuß gesagt - bemüht sein müssen, auch den einfacheren Geschmack mit unseren Kulturbemühungen zu treffen, das würde aber eine Sache sein, die nicht eine Einschränkung des Theaterbetriebes beinhalten soll, sondern hier in der Tätigkeit der Kulturverwaltung auch andere Möglichkeiten auszuschöpfen beabsichtigt. Mehr dazu möchte ich heute wirklich nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? 2 Stimmenthaltungen. Dieser Antrag ist beschlossen. Danke für die Berichterstattung. Ich darf Dir den Vorsitz wieder übergeben.

(2 Enthaltungen: 1 KPÖ, 1 FPÖ)

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir fahren weiter mit einem Bericht des Kollegen Schwarz. Ich bitte ihn zum Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mit dem ersten Antrag werden Sie ersucht, dem Verkauf eines Gewerbegrundstückes an Komm.Rat Ennstaler zuzustimmen. Der Antrag lautet:

2) ÜAG - 1660/82

Verkauf eines Gewerbegrundstückes,
Parzelle 1704/9, an Komm.Rat. Wilhelm Ennstaler, Buchhandel und Verleger, Steyr, Stadtplatz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der städtischen Grundparzelle 1704/9, KG Steyr, im Ausmaß von 3651 m² laut Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Oswald Daxinger, Steyr, vom 11. 5. 1982, zum Preis von S 500,--/m² an Komm.Rat Wilhelm Ennstaler, Buchhändler und Verleger, Steyr, Stadtplatz, wird zugestimmt. Für den anteiligen Straßengrund im Ausmaß von 248 m² ist der gleiche Grundpreis zu bezahlen. Der Verkauf dient zur Errichtung und Etablierung einer Lager- und Produktionshalle für den Betrieb des Käufers in-

nerhalb von drei Jahren. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts vor. Sämtliche, mit dem Verkauf verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Käufer.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Bericht gehört. Möchte dazu jemand sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann wird abgestimmt. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltungen auch keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Der nächste bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um den Verkauf von Siedlerparzellen. Ich möchte mich aber hier nicht nur auf die Verlesung des Antrages beschränken, sondern möchte doch darauf hinweisen, daß die Zurverfügungstellung bzw. der Verkauf von Siedlerparzellen in Steyr die Fortsetzung einer Aktion ist, die sehr erfolgreich in der Waldbrandsiedlung vor einigen Jahren begonnen wurde und sicher dazu beitragen wird, daß die siedlungswilligen Steyrer hier Möglichkeiten seitens der Stadt zur Verfügung gestellt bekommen, die sie, wie man sieht, auch sehr rege nützen, die dazu beitragen, daß die Wünsche der Bevölkerung in dieser Richtung nachgekommen wird. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß es sich bei diesen Grundstücken, die wir hier zur Verfügung stellen, um ausgesprochen günstige Angebote handelt unsererseits, es sind durchwegs akzeptable Preise, es sind Preise, die sehr stark gefördert sind und ich möchte auf den vorgeschlagenen Grundpreis von S 520,-- insofern doch auch eingehen, daß ich Ihnen mitteilen darf, daß die gesamten Aufschließungskosten für Kanal und Straßenbau, für die Errichtung des Kanal- und Wasserschachtes auf den Parzellen die Vermessungskosten, die Grundfeste für die straßenseitige Gartenmauer, für die Leerverrohrung für Post und Kabelfernsehen, die Erdgasleitung bis zur Grundgrenze hier im Preis inbegriffen sind. Weiters sollen S 30,-- als Vorauszahlung für folgende Gebühren eingehoben werden: Anliegerleistungen, Fahrbahn- und Gehsteig sowie Anschlußgebühr für Wasserleitung und Kanal. Es ist im Vertrag noch beinhaltet, daß die Siedler innerhalb von 6 Jahren bei einem vorgeschriebenen Baubeginn innerhalb von 3 Jahren die Fertigstellung des Eigenheimes durchzuführen haben, die Stadt behält sich ein Vorkaufsrecht vor. Ich glaube, daß man darauf hinweisen sollte, daß hier die Stadt unter Verzicht sicherlich auf große Leistungen die siedlungswilligen Steyrer entsprechend fördert, nicht nur hier bei den Hofergründen, sondern wir haben ja heute auch noch einen anderen Antrag in ähnlicher Richtung zu behandeln. Ich glaube, daß es gerechtfertigt ist, daß die Stadt hier die entsprechende Unterstützung gewährt. Ich möchte aber nun doch zum Antrag selbst kommen und ihn zur Verlesung bringen.

3) Verkauf von Siedlerparzellen auf der Ennsleite (sogenannte Hofergründe)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 24. 6. 1982 wird der Abverkauf nachstehender Grundstücke an die genannten Kaufwerber zu einem Quadratmeterpreis von S 520,-- (Schilling fünfhundertzwanzig) zuzüglich S 30,-- (Schilling dreißig) je Quadratmeter als Akontozahlung für die Anliegerleistungen bzw. Aufschlußgebühren genehmigt.

Haller Albert, Haager Straße 44	GP 206/2	-	900 m2
Brodesser Barbara, Eisenstraße 39	GP 231/2	-	852 m2
Hertl Michael und Eva, Kollerstraße 8	GP 231/3	-	745 m2
Dkfm. Glück Johann, Bergerweg 6	GP 231/4	-	734 m2
Ing. Berger Franz, Punzerstraße 9	GP 231/5	-	775 m2
Gregori Michael, Schillerstraße 8	GP 231/6	-	794 m2
Schimanko Ernst, Glöckelstraße 14	GP 206/3	-	742 m2
LR. Ing. Reichl Hermann und Geslinde, Roseggerstraße 14	GP 231/7	-	760 m2
Oppl Walter und Ursula, Hafnerstraße 1	GP 231/8	-	731 m2
Lehermayr Walter u. Ing. Infanger Wilhelm, St. Ulrich 166	GP 231/9	-	731 m2
Derflinger Maria und Ingrid, Glöckelstr. 7	GP 231/10	-	715 m2
Mag. Köck Christian, Kaplangasse 6	GP 231/11	-	719 m2
Hofer Josef, Hermannsdorf 10, Hofkirchen 4493	GP 197/3	-	1092 m2
Kerbl Gudrun, Buchholzerstraße 41	GP 197/4	-	717 m2
Lutz Ernst, Arbeiterstraße 39	GP 231/12	-	737 m2
Obst.Lt. Peter Karl, Azwangerstraße 39	GP 231/13	-	679 m2
Scherrer Wolfgang und Maria, Porschestr. 3	GP 205/4	-	798 m2
MR. Dr. Walcherberger Kurt, Steinbrecherring 21	GP 205/5	-	733 m2
Schütz Walter, Arbeiterstraße 41	GP 205/2	-	693 m2
Ing. Eichlseder Helmut, Schlüsselhofgasse 63	GP 231/14	-	733 m2
Kloiber Harald, Arbeiterstraße 6	GP 230/3	-	758 m2
Ing. Vollnhofer Dieter, Posthofstraße 16	GP 230/1	-	610 m2
Ing. Schindler Herbert u. Grete, Puchstr. 13	GP 231/16	-	877 m2
Dr. Durchschlag Walter, St. Ulrich 301	GP 231/17	-	927 m2
Dr. Ladenbauer Josef, Schillerstraße 14	GP 231/18	-	762 m2
Dr. Thurnher Heinrich, Puchstraße 12	GP 231/19	-	908 m2
Dr. Kresnik Hugo, Schlüsselhofgasse 38	GP 205/7	-	1120 m2
Ing. Moser-Helge Karl, Dieselstraße 2	GP 230/1	-	610 m2

Den im Amtsbericht vorgeschlagenen Vertragsbedingungen wird zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Meine Damen und Herren, dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht so. Dann wird abgestimmt. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Enthaltungen auch keine. Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen. Danke. Nächster Berichterstatter Kollege Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FORST:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Der erste Antrag, den ich Ihnen vortragen darf, befaßt sich mit der Jahressubvention für das Rote Kreuz für die zweite Rate und der dementsprechende Antrag lautet:

- 4) Ha - 3449/82
Rotes Kreuz; Jahres-
subvention 1982

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 6. 1982 wird dem Österreichischen Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für 1982 unter Zugrundelegung einer Kopfquote von S 10,-- pro Einwohner und einer Einwohnerzahl von rund 39.000 eine Subvention in Höhe von

S 390.000,-- (dreihundertneunzigtausend)

gewährt und bei VSt 1/5300/7570 freigegeben.

Im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Verwendungszweckes wird von der vom Gemeinderat verfügbaren 20%igen Kreditsperre Abstand genommen. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung, Enthaltung, Gegenstimme. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FORST:

Der Kollege Schwarz hat bereits hingewiesen, daß aus dem Siedlungswesen ein zweiter Antrag kommt. Ich habe das Vergnügen, Ihnen diesen Antrag zur Kenntnis zu bringen. Es handelt sich hier um die Wohnsiedlung der Steyr-Werke mit ihren Reihenhäusern bzw. dessen Unterstützung und der Antrag an Sie hat folgenden Wortlaut:

5) Bau 5 - 130/79
Wohnsiedlung Steyr-Werke mit
Reihenhäusern auf der Ennsleite;
Unterstützung durch die Stadt
Der Gemeinderat wolle beschließen:

I.

Die Stadtgemeinde Steyr refundiert der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG die Kosten für die Kanalverlegung in der Kammermayrstraße in Höhe von S 570.000,-- plus 18 % MWSt, somit insgesamt S 672.600,-- unter der Voraussetzung, daß der Kanal als öffentlicher Kanal, der auch den hierfür geltenden Normen entspricht, hergestellt wird.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

672.600,-- (sechshundertzweiundsiebzigttausendsechshundert)

werden bei VSt 5/4800/7770 freigegeben.

II.

Die Stadtgemeinde Steyr gewährt der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG ein zinsenloses Darlehen in Höhe von 1,900.000,-- zuzüglich 18 % MWSt, somit insgesamt S 2,242.000,--

Dieses Darlehen ist von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG entsprechend der Zuteilung der Wohnbauförderungsmittel des Landes Oberösterreich zu folgenden Terminen an die Stadt Steyr zurückzuzahlen:

2. Quartal 1983	S 1,291.392,--
4. Quartal 1983	S 495.033,60
2. Quartal 1984	S 231.374,40
4. Quartal 1984	<u>S 224.200,--</u>
	S 2,242.000,--
	=====

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2,242.000,-- (zweimillionenzweihundertzweiundvierzigtausend)

bei VSt 5/4800/2420 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Noch leicht außer Atem, bitte ich mein verspätetes Erscheinen entschuldigen zu wollen. Es hat eine dienstliche Ursache gehabt, ich sage das nur ausdrücklich noch einmal. Die Situation um die Wohnsiedlung Steyr-Werke ist uns allen bekannt. Die Finanzierungskosten sind erheblich, das wissen wir alle. Ich möchte nur im Namen meiner Fraktion auf eines aufmerksam machen, nämlich auf die Präjudizwirkung, die mit dieser Entscheidung ja zweifellos erfolgt. Es gibt ja nicht nur die Wohnsiedlung im Bereich der Steyr-Werke oder die denen zu Gute kommen, die im Bereich der Steyr-Werke beschäftigt sind, sondern die eine oder andere Siedlung auch. Wir haben uns ja schon in einer anderen Gelegenheit darüber unterhalten. Ich erinnere nur an den letzten Wohnungsausschuß, wo auch da schon Bedenken von Dir Otto geäußert wurden, was ja z. B. in der Waldsiedlung auch noch Bürger unserer Stadt der Siedlungstätigkeit vollzogen haben, die auch hohe Finanzierungskosten für diese Vorhaben haben. Ich erinnere nur an die Wohnbautätigkeit im Bereich Münichholz, wo Wohnungen frei stehen, weil die anteiligen Kosten so hoch sind und ich fürchte, es wird sich dann doch die eine oder andere Zusatzschwierigkeit in Zukunft ergeben, wenn Bürger unserer Stadt mit dem einen Ziel an den Magistrat und an den Gemeinderat herantreten, doch zumindest in dem gleichen Ausmaß Zugang zu Förderungsmitteln zu haben, selbst wenn dies eine Zweckförderung oder eine freie Förderung ist, Zugang zu Förderungsmitteln zu haben als das ein begünstigter oder offensichtlich begünstigter Personenkreis hat. Das bedeutet jetzt durchaus nicht, daß meine Fraktion "Nein" sagt zu diesem Antrag. Im Gegenteil, wir werden diesem Antrag beitreten, melden aber doch die Besorgnis an, daß da Beispielsfolgen in der Zukunft von der Öffentlichkeit her abgeleitet werden könnten. Es wird in Zukunft außerordentlich schwierig, vor allem diese Wünsche als ungerechtfertigt zu betrachten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Kollege Holub hat ja eingangs schon erwähnt, daß ich im Wohnungsausschuß auch schon zu dieser Frage Stellung genommen habe. Ich möchte hier ganz klipp und klar feststellen, daß meine Fraktion diesem vorgelegten Antrag die Zustimmung gibt, wonach eben den 27 Familien, die die Reihenhäuser auf der Ennsleite bewohnen, ein zinsloses Darlehen eben in der angeführten Höhe von 2,242.000,-- seitens der Stadtgemeinde gewährt wird. Dieser Betrag dient ja zur Vorfinanzierung der Kosten von Straßen, Gehwegen, Straßenentwässerung eben bis zu einem Zeitpunkt, eben bis zur Zuteilung der Landesförderungsmittel, die ja hoffentlich im Jahre 1983 und 1984 zurückfließen. Es ist ja auch dem Gemeinderat nicht unbekannt, daß auch dort diese Arbeiter- und Angestelltenfamilien immerhin aufgrund der enormen Kosten rund mit S 8.000,-- Rückzahlung pro Monat belastet sind. Meine Fraktion ist auch für die Kostenübernahme für die Ka-

nalverlegung in der angeführten Höhe von S 672.000,--. Mit dieser Förderungsmaßnahme, nämlich der Übernahme der Kanalbaukosten und der Zinsen für das erwähnte Darlehen ist ungefähr pro Jahr S 220.000,--, wird meiner Meinung nach von der Stadt Steyr ein Beitrag geleistet, womit weitere Verringerungen der Einwohnerzahl, der Abwanderung, vor allem in den Nachbargemeinden entgegengewirkt wird. Außerdem tragen ja diese 27 Arbeiter- und Angestelltenfamilien mit ihrem schwer verdienten Geld zur Entschärfung der prekären Wohnsituation in unserer Stadt bei, denn ein Großteil von ihnen bewohnte ja in Steyr schöne und noch billige Alt-Neubauwohnungen der GWG, die nun an sozial schwächere Wohnungssuchende vermietet werden konnte. Meine Damen und Herren, diese Argumente treffen aber auch auf die Bewohner der Arbeiter- und Angestelltenfamilien in den Reihenhäusern der Waldrandsiedlung zu. Auch dort mußten für die für die Vor- bzw. Zwischenfinanzierung teure Kredite bei Banken mit einer Verzinsung von sogar 14 % aufgenommen werden, und zwar auf die Dauer von 2 - 3 Jahren, bis sie eben vom Land Oberösterreich die Wohnbauförderungsmittel wahrscheinlich erhalten. Daher verlange ich in diesem Zusammenhang der Behandlung dieser Frage, daß der Gemeinderat auch diesen Steyrer Arbeiter- und Angestelltenfamilien ein zinsenloses Darlehen für die Zwischenfinanzierung gewährt, damit würde auch meiner Meinung nach der Gleichheitsgrundsatz in der Stadt Steyr erhalten bleiben. Ich glaube, auch schon bei den erwähnten Hofer-Gründen, wo es sich um günstige Grundstücke handelt, sind seitens der Stadt bestimmte Förderungsmaßnahmen durchgeführt worden. Ich möchte dem Gemeinderat in Erinnerung rufen, auch bei den BMW-Häusern in der Schlüsselhofgasse mußten wir die Vorfinanzierung durchführen und auch, so glaube ich, haben wir mit Recht auch den Arbeiter- und Angestellten, die in den Hammergründen wohnen, ebenfalls Zuwendungen, Förderungsmaßnahmen zukommen lassen. Ich glaube auch, unser Bürgermeister Weiss hat ja beim letzten Finanz- und Rechtsausschuß mit Recht festgestellt, denn er will nicht haben, daß nur Begüterte in unserer Stadt Häuser bauen können. Wir wollen auch die weitere Abwanderung und die Stadtfucht mit den Förderungsmaßnahmen verhindern. Ich glaube, diese zwei Sätze sind maßgebend für unser weiteres Vorgehen auch in dieser Frage. Daher glaube ich, daß auch die Reihenhausesitzer der Waldrandsiedlung genauso beigetragen haben wie die anderen, daß der Bevölkerungsrückgang in unserer Stadt nicht so weiter ansteigt wie bisher. Ich ersuche daher, daß sich auch der Stadtsenat mit dieser Frage beschäftigt und auch dort Förderungsmaßnahmen bewilligt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Noch eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall. Meine Damen und Herren Erlauben Sie mir vom Tisch aus einige Bemerkungen zu machen. Die Frage dieser 27 Häuser ist ja nicht eine Novität, sondern wir haben schon Vorläuferregelungen, allerdings wurden bei allen Siedlungen, die wir bis heute geholfen haben, zu erschließen, andere Maßstäbe angelegt oder andere Regelungen getroffen. Aber im Grunde nach haben sie immer denen genützt, die dann dort wohnen. Auch jenen, die jetzt reklamieren, denn wir mußten auch in der Waldrandsiedlung zu diesen Reihenhäusern Kanäle und Straßen bauen, die erhebliches Geld gekostet gekostet haben, denn sonst hätten sie dort im Grünen nicht wohnen können. Wir haben bei der Waldrandsiedlung schon erhebliche AufschlieBungsbeiträge - erinnern Sie sich auf Ihre Beschlüsse, sie machen in etwa gut 30 Mio. Schilling aus, um diese Siedlung dort überhaupt bauen zu können - geleistet. Wir haben bei den Hammergründen - auch eine Siedlung der Steyr-Werke - wo allerdings die Grundpreise beträchtlich niedriger waren wie die anderen, dort auch AufschlieBungen gegeben durch Beihilfen zum Kanal- und Stra-

Benbau. Die Hofer-Gründe wären mit S 520,-- inklusive aller Aufschlie-
Bungen zuzüglich der 30 % Akontierung für die Anliegerleistungen, die
später dann zu erbringen sind, dotiert und ich habe kurz durchgerechnet,
die Valorisierung dieser Gründe von damals weg, wie wir sie gekauft ha-
ben und hochgerechnet hätten ein beträchtliches Mehr am Grundpreis er-
geben und ich möchte hier gar nicht das Recht auf reine Wahrheit erhe-
ben, sondern das ist hier nur grob überrechnet, sind die Beiträge pro
Siedler auf den Hofer-Gründen rund S 190.000, --, denn die Valorisierung
und die Aufschließungen sind gar nicht dabei. Wir haben bei den Dorngrün-
den in Pyrach die Neue Heimat die Gründe um rund S 400,-- veräußert zu
äußerst günstigen Preisen in der ausgesprochen guten Wohnlage. Daß die
Neue Heimat diese Gründe mit einem sehr hohen Zuschlag weiterverkauft
hat, darauf hat die Gemeinde jedoch keinen Einfluß. Wir haben uns ledig-
lich im Vertrag das Einweisungsrecht für die meisten Wohnungen gesichert.
Zu dieser Sache möchte ich auf die einzelnen gar nicht so tief hinein-
steigen. Tatsache ist, daß hier vieles nicht so gelaufen ist bei der
Finanzierung seitens der Wohnbauförderung, daß hier die Stadt Steyr im
Interesse der Ansiedlung von Hausbewerbern und von Siedlungshausbewer-
bern hier auch eine Vorleistung erbringt. Sie liegt allerdings nur in
jenem Betrag, der den Zinsendienst ausmacht für diese 1,9 Mio Schilling.
Alle übrigen Beträge sind Leistungen, die die Stadt sowieso verpflich-
tet wäre, zu erbringen, nämlich der öffentliche Kanal in der Kammermayr-
straße, der allein mit rund S 600.000,-- dotiert ist. Das war ursprüng-
lich nicht im Kanalkonzept enthalten, es ist auch leicht aufzuklären,
der Kanal wird natürlich auch genutzt von allen übrigen Anrainern und
zudem über Vorschlag unseres Bauamtes wurde er dann größer dotiert, in
der Annahme, daß später womöglich eine Siedlungsausweitung eintritt und
ein entsprechendes Projekt soll angeblich von den Steyr-Werken schon
vorliegen. Damit wäre es ja ein Schildbürgerstreich, heute eine Kanal-
dimension einzulegen, die sich in 2 bis 3 Jahren unter Umständen als viel
zu gering bemessen zeigen würde, dann wieder aufgegraben werden muß und
ein stärkerer Kanalstrang eingelegt werden muß. Aber ich gebe dem Herren
Gemeinderat Holub in einem Recht, wir können hier nicht schablonisier-
en in der Förderung für Eigenheimbauer, das hat sich auch bei allen
diesen Dingen hier gezeigt. Es ist die Waldrandsiedlung anders geför-
dert, es sind die Hammergründe anders gefördert, die Hofer-Gründe wie-
der anders als beide zuvor und die Dorngründe sind auch in einer ande-
ren Form gefördert. Aber eines steht fest, die Stadt erbringt für alle
diese Siedlungerschließungen und Siedlungsneubauten Leistungen, die
im öffentlichen Interesse liegen, nämlich darin, daß man eben bei der
bekannten Struktur bei dem Schwund von 4 % der Bevölkerung in 10 Jahren
auch Maßnahmen setzen muß, die vernünftig sind, die verkraftbar sind und
die von dem, dem sie nützen sollen, auch verstanden werden. Natürlich
geht das nicht ins Uferlose, da pflichte ich Ihnen voll und ganz bei,
es gehört immer wieder überlegt, wie man im Einzelfall hier vorgehen
kann, daß es auch vertretbar erscheint. In diesem Falle glaube ich, bei
allen 4 Fällen haben wir zweifelsohne einen ansich nicht ungünstigen
Weg gefunden.

Es hat sich kein weiterer mehr zu Wort gemeldet und der Berichterstatter
verzichtet auf das Schlußwort. Wir stimmen daher ab. Gibt es eine gegen-
teilige Auffassung zum Antrag. Eine Enthaltung. Beides nicht, somit ist
dieser Antrag einstimmig angenommen.
Der nächste bitte.

STADTRAT RUDOLF FORST:
Verehrte Damen und Herren!

Mein letzter Antrag ist der Rechnungsabschluß 1981 und dieser liegt uns zur Kenntnisnahme vor. Ich glaube, ich handle nach Ihrem Interesse, wenn ich mir das Eingehen auf einzelne Positionen erspare und nur punktuell auf Tatsachen eingehe, die außerhalb der Norm liegen und von allgemeiner Interesse sind.

Der Rechnungsabschluß ist ja an und für sich das Spiegelbild der Beschlüsse, die wir im vergangenen Jahr gemeinsam gefaßt haben. Es ist der buchhalterische Ausdruck hievon und bevor ich auf den Inhalt selbst eingehe, gestatten Sie mir, daß ich der Buchhaltung die Anerkennung ausspreche. Sie hat wie immer sehr übersichtlich und verständlich den Rechnungsabschluß mit Kommentaren versehen. Der Rechnungsabschluß ist natürlich, bevor er Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegt wird, vom Kontrollamt geprüft worden und es wurden keine Einwände für die Darstellungen dieses Rechnungsabschlusses gemacht. Er ist - wie es statutenmäßig vorgesehen ist - vom 18. bis 24. Mai zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt und es wurden auch hier keine Einwände vorgebracht. Der Rahmen der gesamten Haushaltsgebarung wickelt sich in Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 549,584.903,53 ab. Der Haushalt ist also ausgeglichen. Auf die Kassengebarung möchte ich nicht näher eingehen. sie ist nur für den Insider interessant und sagt weiter nichts. Eine Aussage ist natürlich zu machen im Hinblick auf die Einnahmenentwicklung. Von der Einnahmenentwicklung hängt es ja letzten Endes ab, ob und wie viele Beschlüsse und in welcher Höhe wir verwirklichen können. Im ordentlichen Haushalt haben wir Gesamteinnahmen von S 476, 9 Mio. Diese sind entgegen dem Rechnungsjahr 1980 um 63,3 Mio gestiegen. Nun, die größte Post bei den Einnahmen im ordentlichen Haushalt sind ja die eigenen Steuern, Abgabenertragsanteile. Die wesentliche Erhöhung auf diesem Gebiet, die 22,2 % ausmacht, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß wir, wie schon hier berichtet, eine größere Nachzahlung auf dem Gebiet der Gewerbesteuer, der Bundesabgabenertragsanteile und auch der Lohnsummensteuer eingetreten ist. Im Jahr 1980 haben wir eine Erhöhung von 8,5 % gehabt. Es sei hier wahrscheinlich das letzte Mal unterstrichen, daß diese Nachzahlungen einmalig in dieser Höhe wohl für längere Zeit sein werden und nicht durch die Erhöhung einer Wirtschaftsausweitung hier stattgefunden haben, was natürlich zu begrüßen wäre, sondern es ist durch das Nachhinken der Bundesverrechnung und der Vergütung an uns zu ersehen, gibt somit - ich möchte fast sagen, ein irrales Bild der Einnahmenentwicklung. Die Einnahmenentwicklung bzw. den Trend davon, kann man am besten eigentlich ersehen, daß die Einnahmen aus Leistungen mit S 84,7 Mio um 10,4 % gegenüber 10,3 % gestiegen sind. Wenn man nun die Entwicklung der Geldentwertung betrachtet, ist das mehr wie eine Stagnation. Wie überhaupt die Entwicklung der Einnahmen nicht günstig oder besonders positiv in ihrer Entwicklung einer Steigerung zu sehen sind. Das wären im großen und ganzen die wichtigsten Punkte der Einnahmenentwicklung. Bei der Ausgabenentwicklung ist folgendes zu sagen: sie hat S 476,9 Mio betragen. Einige interessante Punkte in den Ausgaben sind die Personalkosten mit S 149,1 Mio, das sind 31,6 % der Gesamtausgaben. Eine geringfügige Steigerung von 1, 6 % gegenüber 1980 Der Krankenanstaltenbeitrag ist nun fix mit S 13,2 Mio ausgewiesen. Es ist dies bereits ein irrsinnig großer Betrag und auch hier wäre vieles zu sagen, denn der Streit um die Krankenhausfinanzierung geht quer durch die Parteien, geht quer durch die Fachleute und es ist wie beim Theater-tarif. Wir sind verpflichtet, den uns vorgeschriebenen Beitrag zu zahlen, ob das Haus der Anstalten gut gewirtschaftet oder schlecht gewirtschaftet hat. Das können wir nicht beurteilen und es steht uns auch nicht zu, aber die Analogie zu den vorher gebrachten Beiträgen springt immerhin ins Auge. Natürlich sind auch die Zuschüsse an die Unternehmungen mit S 7,5 Mio ein herausragender Punkt. Davon sind S 4,8 Mio bereits

für das Stadtbad und die Kunsteisbahn, der Rest betrifft den Fahrbetrieb. Der Zuschußbedarf zu den einzelnen Verwaltungszweigen, damit meine Damen und Herren will ich Sie nicht besonders behelligen, aber ich darf einen Punkt, der besonders groß angewachsen ist fast um das Doppelte, das ist der Zuschuß zur Wirtschaftsförderung und in Zeiten wie diesen eigentlich nicht verwunderlich.

Im außerordentlichen Haushalt, der die Höhe von S S 72,7 Mio aufwies, fand seine Bedeckung durch eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt von 5 Mio Schilling, das ist, wenn Sie - ohne hier nachschlagen zu müssen - sich erinnern, die geringste Zuführungsquote im ordentlichen Haushalt, wo man sich der letzten Jahre erinnert. Eine Rücklagenentnahme in der Höhe von S 1,4 Mio und wir waren in der glücklichen Lage, um S 14,8 Mio Gründe verkaufen zu können, diesen Erlös dann dem aOH zuzuführen. Zuweisungen von S 14,4 Mio und Darlehensaufnahmen in der Höhe von S 35,2 Mio. Soweit die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes. Im außerordentlichen Haushalt ist auch darin eine Gewerbeförderung in der Höhe von S 3 Mio, eine eigene Kanalisation in der Höhe von 2,2 Mio, nicht zu übersehen 33,2 Mio, die im Rahmen des Reinhaltungsverbandes für diesen Zweck ausgegeben wurden. Es sind eine Reihe von kleineren Posten - auch in Millionenhöhe - die Wohnbauförderung mit S 3,9, das Alte Stadttheater hat noch S 4,4 Mio, der Kindergarten Resthof S 5,1 und so weiter.

Einen Punkt möchte ich streifen, das ist die Rücklagenbildung. Dadurch, daß die Nachzahlung der Gewerbesteuermittel u. a. zu einem Zeitpunkt gekommen ist, wo die Umsetzung in Aufträge nicht mehr möglich war, mußten sie natürlich logischer Weise den Rücklagen zugeführt werden, und zwar in der Höhe von S 20,860.000,-- auf S 76 Mio. Dieser Rücklagenstand ist ein kleines Atemholen in der Kreditaufnahme. Wenn man die Ausgaben, die bereits vergebenen Aufträge betrachtet, die in der letzten Zeit hinausgekommen sind, dann wissen Sie ganz genau, daß diese Rücklagen nur einen Tropfen auf einem heißen Stein sein werden und ein ganz klein wenig - wie ich schon ausgeführt habe - Atemholen ermöglichen, was die Kreditaufnahme betrifft. Die Kreditaufnahme, Darlehensschulden: In diesem Zusammenhang muß man aber auch feststellen, daß die Verschuldung der Stadt mit 31.12. 1981 mit S 317,710.000,-- relativ gering ist. Vor allem ist der Zuwachs an den Darlehensschulden gering. Wenn Sie bedenken, daß wir S 35 Mio Darlehen aufnehmen mußten, einen Schuldendienst haben von S 38,4 Mio, so ist die Erhöhung um 17 Mio, d. s. 1,7 %, sehr gering zu sehen und wir müssen sagen, daß dieses günstige Ergebnis herausgekommen ist, ist nicht nur aufgrund der Nachzahlungen zu sehen, sondern es waren dies eine Reihe von Maßnahmen und Aktivitäten notwendig, damit diese geringe Darlehensschuldenhöhe zu Stande gekommen ist. Sie haben die ganzen anderen Angaben ja vor sich und können diese jederzeit zu Rate ziehen und so darf ich zu den letzten Posten kommen, die die Haftung noch betreffen. Wir müssen ja nicht nur für den Abwasserbeseitigungsverband haften, wir müssen auch, wenn es § 47 Abs. 2 des Sparkassenverwaltungsgesetzes die Haftung gegenüber der Sparkasse tragen, nachdem die Haftungsgemeinden im vergangenen Jahr weniger geworden sind, ist natürlich auch prozentuell der Sparkasse gegenüber gestiegen. Es wäre ein Rechnungsabschluß unvollständig, würde er nicht den Abschluß des städtischen Wirtschaftshofes einschließen. Der städtische Wirtschaftshof hat im Jahr 1981 gegenüber den Jahren 1979 und 1980 einen Überschuß in der Höhe von S 425.828,-- auszuweisen. Die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung mit rund S 316.000,-- hat widmungsgemäß S 9.000,-- an Stipendiaten ausbezahlt. Die Stadtwerke haben auch ihren Abschluß vorgelegt. Die Stadtwerke haben ausgeglichen budgetiert. Sie haben noch Aktiva nach Abzug der Wertberichtigung 109,812.000 und noch Passiva von S 41.072.000,--. Das Reinvermögen beträgt daher bei Berücksichtigung der ausgewiesenen Ver-

luste von 10,184.893,-- S 68,739.651,--. Bei den Verkehrsbetrieben ist der Verlust genau ausgewiesen, nämlich ein Verlust von S 4,595.000,--, das Stadtbad, wie bereits an anderer Stelle zitiert, S 4,368.000,-- und 849.000,-- die Kunsteisbahn. Zum Schluß die Vermögensrechnung der Gemeinde. Die Aktiva beträgt 794,964.000,-- und die Passiva in der Höhe von S 371,199.000,-- gegenüberstehen. So betrug per 31. 12. 1981 das Reinvermögen S 423.765.330,--.

Das im großen und Ganzen, meine Damen und Herren, wäre eine ganz kurze Aussage über den Rechnungsabschluß 1981.

6) Buch - 6500/81

Rechnungsabschluß 1981

Der Gemeinderat wollte beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1981 wird genehmigt.
(Beilage B)

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, die Debatte zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke dem Referenten für seinen Bericht, der sicherlich kürzer ausgefallen ist, als das Rechnungswerk es an sich erlauben würde und ich habe einige Wortmeldungen hier liegen. In der umgekehrten Reihenfolge möchte ich heute mit dem kleinsten der Größe nach, Herrn Gemeinderat Trempl als ersten das Wort erteilen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nun, der Rechnungsabschluß, so wie ihn der Kollege Fürst vorgetragen hat mit seinen Ziffern und Zahlen zeigt mir wiederum, daß die Finanzkraft der Stadt Steyr schwächer geworden ist. Es kommt ja auch zum Ausdruck, denn der Schuldenstand erhöht sich durch weitere notwendige Darlehensaufnahmen von über S 35 Mio auf bereits über S 370 Mio und der Schuldendienst beträgt mit Ende 1981 bereits doch die schöne Summe von S 38,4 Mio.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn man so Gespräche führt, während des Jahres über Finanzprobleme unserer Stadt, dann höre ich immer wieder seitens der Mehrheit des Gemeinderates. Man tröstet sich immer wieder mit Vergleichen hinweg, daß man sagt, mein lieber Freund schau Dir doch vergleichbare Städte an wie Wels oder Villach, wo eine dreimal so hohe Verschuldung vorliegt wie in unserer Stadt. Ich glaube, das ist doch ein schwacher Trost für die Stadt Steyr und ihre Finanzen und auch ihrer Bevölkerung. Wenn man manchmal feststellen muß, daß es in den 445 oberösterreichischen Gemeinden es 1/4 davon heute nicht mehr den ordentlichen Haushalt ausgleichen können und zum Land betteln gehen müssen um Bedarfszuweisungen, daß sie den ordentlichen Haushalt ausgleichen. Andererseits aber wird aufgrund der prekären Finanzsituation der Gemeinden versucht, doch immer wieder und auch hier bei uns in Steyr unsoziale Gebühren und Tarifierhöhungen eben durchzuführen, mehr Mittel aus der Bevölkerung herauszupressen. Der Rechnungsabschluß 1981 bestätigt meine Auffassung, die ich bereits auch bei der Budgeterstellung, nämlich am 16. 12. 1980 vertreten habe, daß der Voranschlag für das Jahr 1981 äußerst zurückhaltend erstellt wurde, z. B. zeigt sich dies besonders bei den Einnahmen, bei den eigenen Steuern. Es ist allein eine Erhöhung des Steueraufkommens durch Nachzahlungen der Gewerbesteuer, der Lohnsummensteuer und der Getränkesteuer um 22 % eingetreten und der Finanzreferent hat ja hingewiesen gegenüber 1980, den

Vergleich angestellt, damals nur um 8,5 %, eingetreten ist. Dazu kommt auch die von der Mehrheit des Gemeinderates beschlossene Gebührenerhöhung bei der Kanalanschluß- und Kanalbenützungsgebühr - Sie haben das selbst beschlossen - auf 14 Schilling pro Quadratmeter. Das schlägt sich natürlich auch 1981 besonders zu Buche, auch wenn Sie versucht haben, das auf zwei Etappen durchzuführen. Ich belege Ihnen das mit einigen Zahlen. Sie erbrachte gegenüber dem Jahr 1979 Mehreinnahmen von über 9 Millionen Schilling, das mußten ja die Hausbesitzer bezahlen, bzw. schlägt sich das auf die erhöhten Mieter nieder. Sie erreichte bereits die stattliche Summe laut Rechnungsabschluß 1981 von rund 24,4 Millionen Schilling. Wenn man vergleicht gegenüber 1980, kam es immerhin noch zu einer Mehreinnahme von 3,5 Millionen Schilling, die die Masse der Steyrer Bevölkerung entrichten mußte. Wie Sie auch wissen, bei den Betrieben ist man immer sehr nachsichtig bei Kanalanschlußgebühren, da wird gestundet, daß man das nicht gleich bezahlen muß oder man refundiert in Form von Gewerbeförderungsmittel diese Kanalanschlußgebühren, auch unter dem Titel Gewerbeförderung. Interessant ist auch die Entwicklung der Gewerbe- und Lohnsummensteuer auf Stadtebene. Es ist Ihnen sicher allen bekannt, daß im Bundesmaßstab, das habe ich x-mal damit verglichen, im Jahre 1968 die Lohn- und Einkommenssteuer mit ca. 8 Milliarden Schilling damals etwa gleich erbrachte, aber in der Zwischenzeit gab es einige Änderungen, es gab eine sozialistische Regierung und hier hat sich nichts Wesentliches zugunsten der Umverteilung der Steuerlasten auf die Arbeiter ergeben. Das möchte ich auch hier mit einer Zahl anführen. Im Jahre 1981 hat die Einkommenssteuer 2,9 Milliarden Schilling ausgemacht bzw. erbracht und die Lohnsteuer aber fast 70 Milliarden Schilling. Das heißt, in diesem Zeitpunkt der sozialistischen Regierung ist hier eine Verdreifachung eingetreten. Aber auch in unserer Stadt Steyr erbrachte z. B. in den letzten drei Jahren, also von 1979 bis 1981, die Gewerbesteuer rund 125 Millionen Schilling, aber die Lohnsummensteuer 178 Millionen Schilling. Das heißt, allein innerhalb der letzten drei Jahre erbrachte die Lohnsummensteuer 53 Millionen Schilling Mehreinnahmen gegenüber der Gewerbesteuer. Nimmt man jedoch die letzten zwei Jahre, also 1979 und 1980 zum Vergleich, so erbrachte die Gewerbesteuer nur rund 69 Millionen Schilling und die Lohnsummensteuer bereits 111 Millionen Schilling, das ist fast eine Verdoppelung. Daher war meiner Meinung nach vorauszusehen, auch bei uns hier in Steyr, wenn es zu keinen größeren Einbrüchen in der Wirtschaft, zu keiner größeren Arbeitslosigkeit im Jahre 1981 kommt, - das hat der Bürgermeister in seinem Bericht erwähnt, es waren nur 400 - es logischerweise zu größeren Nachzahlungen der Gewerbesteuer kommen mußte. Auch das war voraussehbar. Dies widerspiegelt sich wiederum bei den bereits erwähnten Rücklagen, die sich im Berichtsjahr erhöhten von 2,8 Millionen auf fast 77 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine schwere finanzielle Belastung des Stadthaushaltes stellen die Leistungen an das Land Oberösterreich dar. An Landesumlage mußten über 19 Millionen Schilling und an Krankenanstaltenbeitrag über 13 Millionen Schilling, also zusammen über 32 Millionen Schilling entrichtet werden. Es ist seit langem auch eine Forderung meiner Partei, daß eben die ersatzlose Streichung der Landesumlage erfolgen soll. Aber nur, daß wir das immer wieder erwähnen und es bei manchen Tagungen beim Städtetag auch immer im Mittelpunkt der Kritik steht, genügt eben nicht. Man muß auch hier in dieser Richtung mehr Initiativen von unten entwickeln, damit tatsächlich diese enormen Stadtausgaben gegenüber dem Land beseitigt werden. Ich glaube, mit diesen vielen Millionen, also über 30 Millionen Schilling, könnte man soziale und kommunale Aufgaben für unsere Bevölkerung erfüllen bzw. - so glaube ich zumindest - hier in Steyr eine sozialere Gebühren- und Tarifpolitik im Interesse der Arbeiter und Angestellten durchführen.

Ich möchte auch heute nicht unerwähnt lassen, das kommt auch im Rechnungsabschluß klar zum Ausdruck, daß die Förderungsmaßnahmen für die Wirtschaft, sprich BMW-Werk, die Stadtfinanzen natürlich nicht unwesentlich belastet haben

auch im Jahre 1981, nicht nur mit diesen 3 Millionen, die wir eingegangen sind, die wir jährlich an Förderungsbetrag entrichten, sondern, wie auch heute schon von mir angeführt, die Wohnbaufinanzierung, die Straßenbaumaßnahmen, die Versorgung dieses Werkes mit Wassers und die Entsorgung, wie Kanalbau usw. Natürlich bedeutet das eine schwere Belastung unserer Stadt.

Ich war aber bereits schon bei der Behandlung des Voranschlages für 1981 mit der Mehrheit des Gemeinderates nicht einverstanden, daß man den von mir verlangten Förderungsbetrag von 6 Millionen Schilling für die eigenen Wohnbaumaßnahmen der Stadt auf 4 Millionen Schilling im Budget reduzierte und nun, laut Rechnungsabschluß – diese Zahl wurde bis jetzt nicht erwähnt – sogar nur 3,9 Millionen dafür aufgewendet wurden. Ich glaube, nicht nur negative oder kritische Zahlen und Probleme, die ich jetzt angeschnitten habe, zeigt dieser Rechnungsabschluß, sondern er widerspiegelt meiner Meinung nach auch viele positive Leistungen der Stadt Steyr für ihre Bevölkerung. Ich glaube auch, daß dieser Rechnungsabschluß einstimmig beschlossen wird, da der Großteil der Beschlüsse hier im Gemeinderat einstimmig gefaßt wurde.

Ich bin auch der Auffassung, da ja die Haupteinnahmen der Stadt von der Masse der Bevölkerung, nämlich der Arbeiter und Angestellten, stammen, bin ich fest davon überzeugt, daß die erhöhten Ausgaben, die die Stadt tätigt, besonders für soziale Zwecke, voll gerechtfertigt sind. Wie zum Beispiel die Zuschüsse für die Kindergärten und Horte mit über 12 Mill. Schilling und für die Pensionistenheime mit über 15 Millionen Schilling, um nur einige der wichtigsten Beschlüsse hier zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich eine kurze Erklärung abgeben. Meine Fraktion gibt natürlich dem Ziffern- und Zahlenwerk die Zustimmung, allerdings mit der Ausnahme aller jener Beschlüsse, die im Rechnungsjahr 1981 gegen meine Stimme beschlossen wurden. Ich möchte sie nicht konkret anführen, Sie wissen ja, welche Gebühren, Tarife und andere Posten ich meine.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Herr Gemeinderat Holub. Herr Gemeinderat Eichhübl hat mir erklärt, er wird sich mit Ihnen solidarisieren.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Nach dieser überraschenden Erklärung des Herrn Bürgermeisters hinsichtlich der Solidarisierung des Gemeinderates Eichhübl mit Gemeinderat Holub möchte ich dort anfangen, wo Kollege Tremml aufgehört hat, nämlich mit der vorweggenommenen Zustimmung zu diesem Rechnungswerk, für dessen Erstellung ich der damit befaßten Beamtenschaft herzlich danke. Es zwar zweifellos nicht einfach, diese außergewöhnliche Finanzsituation der Stadt, das haben wir schon beim Nachtragsvoranschlag festgestellt, in ein geordnetes Zahlenwerk zu übersetzen, das dann noch so ausschauen mußte, als wäre nichts Unvorhergesehenes gekommen. Stadtrat Fürst hat schon erwähnt, daß eine ganze Reihe von Dingen nicht vorhersehbar war, insbesondere auf der Einnahmenseite. Kollege Tremml hat dazu ausgeführt, wenn ich wiederholen darf, daß aus der Entwicklung der Lohnsummensteuer auch ein klein wenig abzusehen gewesen wäre, daß sich die Gewerbesteuer in dem nun erlebten Sinn entwickeln wird. Ich räume zweifellos ein, daß es nicht abzusehen war, daß alles auf einmal kommen wird, insofern sicher große Schwierigkeiten bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses für die Befußten auftraten. Es wäre ja recht schön und erfreulich, wenn die Stadt ihre gebildeten Rücklagen in diesem Ausmaß erhöhen konnte. Wir haben ja heute schon mehrmals gehört, daß die Rücklagen nunmehr, annähernd 71 Millionen Schilling, zu Buche stehen, das bedeutet aber auf der anderen Seite doch eine Berücksichtigung in der Zukunft, sei das nun auf der Einnahmen oder auch auf der

Belastungsseite, die die Gemeinde auf sich nehmen muß. Sie wissen sicherlich und ich glaube mich nicht zu irren, daß in den Zuwendungen, die der Stadt zugute kommen, in einem gewissen Ausmaß die Finanzkraft berücksichtigt wird und genau so gut bei Beiträgen, die die Stadt entrichten muß, die Finanzkraft der Stadt berücksichtigt wird. Da werden wir im Rechnungsjahr 1982 sicher noch unter der Entwicklung aus 1981 zu leiden haben, in dem wir auf der einen Seite weniger einnehmen werden und auf der anderen Seite mehr zahlen müssen. Daran werden wir also noch zu überlegen haben. Hinsichtlich dieser Mittelverwendung aus Rücklagen ist eines noch auffällig dazu zu bemerken, daß auf der einen Seite Darlehen aufgenommen wurden und auf der anderen Seite im außerordentlichen Haushalt eine ganz erhebliche Einsparung an Ausgaben durch die Nichtinangriffnahme oder verspätete Fertigstellung zu verzeichnen war. Dem gegenüber steht die Erhöhung der Rücklagen. So geht sich das alles wieder in ein sehr selbstverständliches und logisches Bild aus. Die Mittelverwendung auf den jetzt gebildeten Rücklagen - wurde heute schon durch den Finanzreferenten der Stadt Steyr angedeutet, - wird hinsichtlich der Vorhaben 1982 eine Entspannung in der Finanzierungssituation bringen. Das ist zweifellos sehr erfreulich, wenn das so sein wird, denn dann scheint es ja doch so zu sein, daß die Stadt aus eigenen Mitteln etwas zur Sanierung des Wehrgrabens beitragen wird können. Das ist für alle hier in diesem Gemeinderat zweifellos ein erfreulicher Tatbestand. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie daran erinnern, daß die Vergabe für das Kanalisationsprojekt jetzt endgültig dringlich wird und ich denke, daß auch an der Vorbereitung dieser Projektierung schon gearbeitet wird, zumindest hoffe ich das.

Hinsichtlich der Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes, ist die Entwicklung insofern in wesentlichen Zahlen aufzuzeigen, daß eine Mittelzufuhr von 5 Millionen Schilling aus dem ordentlichen Haushalt erfolgte. Das bedeutet, das wissen wir spätestens seit dem Nachtragsvoranschlag, eine Verminderung der Mittelzufuhr, etwas weniger als 22 Millionen haben wir weniger aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt zugeführt, dagegen aber in Rücklagen umgewidmet. Das beweist in weiterer Folge, daß wir recht gehabt haben, daß wir gesagt haben, schön wäre es, wenn alles gemacht würde, was im außerordentlichen Haushalt, der der flexible Rahmen dieser Stadt ist, präliminiert war und dabei die Befürchtung ausgedrückt haben, daß dem wieder nicht so sein werde. Der Rechnungsabschluß führt uns das alle Jahre wieder deutlich vor Augen.

Die zweite große Finanzierungsquelle oder größte Finanzierungsquelle des außerordentlichen Haushaltes war die Darlehensaufnahme. Von den ganzen 35,2 Millionen, auch diese Zahl wurde heute von beiden Vorrednern schon erwähnt, und die dritte große Quelle finden wir mit 14,4 Millionen Schilling aus dem Verkauf von Liegenschaftsbesitz. Was auch gut und richtig ist, denn dieser Liegenschaftsbesitz wurde zum Teil an Private, zum Teil an Gewerbetreibende und zum Teil auch an die GWG veräußert. Das muß sich natürlich irgendwo im Haushalt niederschlagen. Ich habe mir dann angeschaut, wie sich bei der Einnahmenentwicklung, die schon erklärt und erläutert wurde, der Anteil an Steuern und Ertragsanteilen verhält und - Sie wissen schon, mein Steckenpferd, das ich nicht gerne statisch betrachte, sondern dynamisch. Ich habe mir die Jahre 1979 bis 1981 hergenommen und habe dabei die Entwicklung der einzelnen Haupteinnahmequellen aufgeteilt in die Grundsteuer B, in die Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer, in die Getränkesteuer und dann die Summe der eigenen Steuern daraus gezogen. Die Grundsteuer hat sich durch die hier im Gemeinderat gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Veränderung der Hebesätze von 1979 von 12,3 Millionen auf 1981 14,3 Mill. entwickelt. In Anbetracht der allgemeinen Finanzsituation an sich keine besonders erwähnenswerte Steigerung. Die Entwicklung der Gewerbesteuer wäre spektakulär mit 36,4 Millionen 1979, 32,7 Mill., 1980 und 55 Mill. 1982, wenn wir nicht wüßten, daß dem zugrunde die Nachzahlung eines oder mehrerer großer Industriebetriebe liegt. Die Lohnsummensteuer widerspiegelt wieder ausdrücklich erstens das durchschnittlich gestiegene Bruttoein-

kommen der unselbständig Erwerbstätigen und zweitens widerspiegelt sie auch die gestiegene Anzahl der unselbständig Erwerbstätigen an der gesamten Anzahl der Erwerbstätigen. Es wäre reine Verzerrung von Tatsachen, wenn man vor Erwerbstätigen, wie es sich manchmal in der öffentlichen Diktion niederschlägt, nur von den Unselbständigen spricht. Bitte auch Selbständige sind Erwerbstätig, nur werden die immer weniger. Dadurch kommt auch der Anteil von Einkommenssteuer, wie Kollege Tremml das in der Entwicklung aufgezeigt hat, zu Lohnsteuer von einer zweiten Ursache. Die Hauptursache finden wir in a) dem steigenden Einkommen der Unselbständigen und b) in der steigenden Anzahl der Unselbständigen im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl. Sei einer jetzt beschäftigt selbständig oder unselbständig. Ich glaube, das muß man auch irgendwann einmal deutlich sagen, weil ja die Probleme mit der Beschäftigungssituation erheblich sind. Ich habe zuerst gehört, daß Sie, Herr Bürgermeister, eingangs der heutigen Tagesordnung einen Bericht über die Arbeitsmarktsituation in Steyr geliefert haben

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nicht in Steyr allein, sondern für die Region bis Grünburg.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das verzerrt das Bild, weil es auf der einen oder anderen Seite Ausgleiche oder Überschüsse bringe. Spitzen wird es immer in irgend einer Richtung geben, aber die Dynamik in dieser Zahl muß uns an sich auch zu denken geben und muß uns auch sagen, daß jeder Schilling, der in die Gewerbeförderung investiert wird, bestens angelegt ist, weil er ja direkt der Sicherung der Arbeitsplätze dienen wird. Das hat jetzt mit politischer Einstellung gar nichts zu tun, wenn gleich ich überhaupt keine Ursache habe, diese meine politische Einstellung zu verhehlen, daß Gewerbeförderung eine sinnvolle Ausgabe der öffentlichen Hand ist. Es hat ganz einfach mit der Stabilität der Arbeitsplätze etwas zu tun. Wie instabil Arbeitsplätze sind, das bemerken wir ja dort, wo die Großindustrie in Krisen gerät. Das Gewerbe ist also noch immer der stabilste Arbeitsplatzbereiter.

Die Entwicklung der Getränkesteuer von 1979 13,7 Mill. auf 1981 15,5 Mill. verhält sich in genau dem gleichen Ausmaß wie schon bei der Grundsteuer angezeigt. Ist also ein erfreulicher Hinweis, daß der Durst unserer Mitbürger noch nicht geringer geworden ist.

Die eigenen Steuern haben 1979 145 Mill. im Haushalt ausgemacht, hat sich 1980 auf 175 Mill. erhöht und 1981 im Rechnungsabschluß finden Sie den Anteil von eigenen Steuern mit 192,3, aufgerundet, Millionen Schilling. Stellen wir jetzt dem gegenüber die Dynamik in der Anzahl der Ertragsanteile, so sehen Sie, daß 1979 137 Mill. an Ertragsanteilen eingenommen wurden, die dann 1980 144,9 und 1981 160 Mill. Schilling ausgemacht haben. Die Steigerung zwischen eigenen Steuern und Ertragsanteilen verhält sich also in etwa in Prozenten in dem gleichen Ausmaß. Ich erspare Ihnen und mir das geneu Prozentrechnen dazu. Wenn man die Relation der Gesamteinnahmen dazu setzt, so haben wir 1980 505 Millionen Gesamteinnahmen verzeichnet und 1981 549,6 – wieder aufgerundet – Millionen. Der Anteil der Einnahmen im ordentlichen Haushalt dabei ist von 1980 auf 1981 von 413 um 63,3 Mill. auf 476 Mill. gestiegen. Das ist ein erwähnenswerter Anteil, der noch darauf schließen läßt, daß der ordentliche Haushalt dieser Stadt in einem im wesentlichen unproblematischen Ausmaß verläuft.

Die eigentlichen Überraschungen, wollen wir es so nennen, finden wir im außerordentlichen Haushalt und noch einmal gesagt in nicht in Angriff genommenen präliminierten Vorhaben.

Interessant sind, wenn man die Gebarung einer Stadt betrachtet, noch zwei Dinge, nämlich die Entwicklung der Darlehensschulden. Die Entwicklung wurde uns heute schon vor Augen geführt. Ich erinnere nur noch an das zumindest parallele Auf-

treten der Darlehensaufnahme 35,2 Mill. 1981, dem steht eine Darlehenstilgung von 8,2 Mill. gegenüber und der Bildung von Rücklagen. Wobei die Rücklagen in Summe sich um etwa 50 Mill. Schilling vermehrt haben. Diese Parallelität ist aufzuzeigen, wengleich diese Rücklagenbildung natürlich auch durch den Ausgleich des Fehlbestandes im ordentlichen Haushalt sicherlich oder in der durchlaufenden Gebarung sicher wieder einen gewissen Aspekt der Erwähnung verdient. In dem Ausmaß sind halt Rücklagen zu halten, Die Kommentare in den jeweiligen Jahren zu dieser Tatsache waren unterschiedlich. Es wäre jetzt eine Redeübung, das aufzuzählen.

Interessant ist bei der Finanzgebarung noch die Entwicklung im Schuldendienst und dabei herauszunehmen den Anteil von Zinsen und Tilgungen. Da haben wir 1980 an Zinsen 23,3 Millionen geleistet und Darlehenstilgungen in Höhe von 6,9 Millionen Schilling geleistet. 1981 mußten wir an Zinsen schon 30,2 Millionen Schilling auslegen. Da sind die Darlehensaufnahmen noch nicht beinhaltet in Zinsensicht, die zur Rücklagenbildung geführt haben. Tilgungen von 8,2 Millionen rundeten den Darlehensdienst auf 38,4 Millionen ab. Zweifellos ist diese Entwicklung eine Auswirkung der Darlehensaufnahmen von 1979 bzw. 1980. 1979 erinnere ich, haben wir ja gegen 90 Millionen Schilling Darlehen aufgenommen. Dementsprechend verläuft die Vermögensrechnung, während 1978 – das ist ein erfreulicher Aspekt für die Stadt, mit der Einschränkung der Auswirkung auf die Finanzkraft – diese einen Reinvermögensabgang von 5,5 Millionen aufweist. 1979 haben wir uns dann Gedanken darüber gemacht, daß das besorgniserregend ist um 30,5 Millionen. Umgekippt ist die Dynamik in der Vermögensentwicklung. 1980 auf einen Zuwachs von 5,9 Millionen, der 1981 einen unerwarteten Aufschwung von 54,5 Millionen dann gipfelt. Allerdings hat das Volumen des außerordentlichen Haushaltes konträr dazu abgenommen. 1980 war der außerordentliche Haushalt im Abschluß mit 91,7 Mill., 1981 allerdings nur mit 72,6 Mill. Wir haben das seinerzeit mit Sparbudget bezeichnet, wenn man aber die in Angriff genommenen und die präliminierten Maßnahmen miteinander vergleicht, so erinnere ich nochmals an das, was ich eingangs gesagt habe, daß sehr viel überhaupt nicht gemacht wurde, was wir uns vorgestellt haben als gemeinschaftlicher Haushalt durchzuführen, dafür einiges wieder unerwartet erledigt werden mußte.

Ich sage jetzt ausdrücklich nicht, daß ich hoffe, Sie nicht gelangweilt zu haben, denn das Herumrechnen in Zahlen ist weder für den sonderlich erbaulich, der es macht, wenn es ihn nicht interessiert, noch für den, der zuhören muß – und schon gar nicht dann, wenn es ihn nicht interessiert.

Ich erkläre nochmals, daß meine Fraktion zu diesem vorliegenden Rechnungsabschluß die Zustimmung erteilt. Abschließend möchte ich noch auf eine Zahl eingehen, nämlich auf den Krankenanstaltenbeitrag. Das ist ja nun nicht so, daß sich das das Land behält, sondern Sie wissen ja sicher ebenso gut wie ich, daß es bei den Krankenanstalten Zusammenarbeitsfonds gibt mit all der Problematik, die Ihnen genau so bekannt ist wie mir, vielleicht sogar besser. Ich möchte mir auch noch einen kleinen Hinweis erlauben, daß dieser Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds zweifellos in seiner Finanzierung erhebliche Vorteile haben könnte, wenn die Mittel, die wir in dieses Unikum von Konferenzzentrum als Volkswirtschaft stecken, diesen doch sehr wesentlichen Zweig in der Volkswirtschaft, nämlich der Gesundheitsvorsorge, unterkämen. Damit danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Nächster Debattenredner ist Kollege Zagler.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Bei Durchsicht des Rechnungsabschlusses ist mir das widerfahren, was mir auch in den letzten Jahren widerfahren ist, ein umfangreiches Zahlenwerk – die Bilder

haben mir gefehlt – und die Bilder hier dazu hätten einen Fotoband ergeben, auf den wir alle stolz sein könnten. Sicherlich mehr stolz als auf Bilder mancher anderer Rechnungsabschlüsse der letzten Zeit, die aus der Tagespresse von den ersten zwei Seiten hinlänglich bekannt sind. Ich brauche nicht die WBO und andere Dinge hier zu erwähnen.

Damit ich vielleicht einen Übergang finde von der kameralistischen Betrachtungsweise hin zur Finanzbuchhaltung oder Betriebsbuchhaltung, was allen etwas verständlicher ist, bedeutet auch eine Betrachtung der Betriebskosten einerseits, das heißt, welcher Anteil der Einnahmen für Betriebskosten aufgewendet werden muß und der restliche Betrag den Investitionen zugeführt werden kann. Gerade hier ist auch ein erfreuliches Bild, nämlich wiederum eine Zunahme der Investitionsquote, zu verzeichnen gewesen. Daß dabei auch der Schuldenstand geringfügig zugenommen hat, gegenüber dem vergangenen Rechnungsabschluß, ist uns allen aufgefallen. Allerdings ist heute noch nicht zum Gespräch gekommen, daß dieser Schuldenstand, diese Schuldenvermehrung auch Ursachen hat, die über die eigentlichen Aufgaben unserer Gemeinde hinausgehen, die insbesondere darin liegen, daß die Gemeinde seit einigen Jahren Leistungen für den Bund erbringt, vor allem die Vorfinanzierung von Bundesbauten, wie es die Bundeshandelsakademie, die Bundeshandelschule und erst in der letzten Zeit die Bundesbildungsanstalt der Kindergärtnerinnen gewesen sind. Daß dies einerseits ein gutes Licht auf die Gemeinde wirft, sich für die Schule, für die Schüler und deren Eltern so einzusetzen, andererseits, so glaube ich, auch eine günstige Investition für die Zukunft darstellt, weil im gleichen Ausmaß in künftigen Jahren unsere Leasingraten abnehmen werden, die bis dorthin getragenen Personalkosten und Kosten für den Sachaufwand wiederum hereingebracht werden können. Das bedeutet, daß hier eine sehr langfristige Maßnahme zu sehen ist. Von den ungefähr 320 Millionen ausgewiesenen Schulden sind 116 Millionen diesen Zwecken zuzurechnen, für diese erwähnten Bundesbauten.

Ich glaube, bei Betrachtung dieses Rechnungsabschlusses, daß der Gemeinderat stolz auf diese Gebarung sein kann, daß der Dank nicht nur der Beamtenschaft gebührt, sondern auch dem stadträtlichen Finanzreferenten und unseren Stadtsenatsmitgliedern für ihre Leistungen. Ich darf seitens der sozialistischen Fraktion sagen, daß wir natürlich diesem Rechnungswerk gerne unsere Zustimmung erteilen werden.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zagler für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich ersuche um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren.

Wie könnte es anders sein, als daß ich mit Befriedigung als Finanzreferent aus den gemachten Ausführungen die Erkenntnis ziehe, daß es zu einer einstimmigen Kenntnisnahme des Rechnungsabschlusses kommen wird.

Gestatten Sie mir aber, ganz wenige Dinge doch noch zu sagen. Es ist hier vom Kollegen Tremml der Eindruck erweckt worden, daß eine Tarifkorrektur der Kanalanschlußgebühren der Grund des Anwachsens auf der Einnahmenseite bei den Kanalanschlußgebühren zu sehen ist. Wenn man sich das überlegt, dann kann man sehr leicht eine Erklärung finden. In einer Stadt, wo um hunderte Millionen Schilling Kanalstränge gebaut werden, die es ermöglichen, überhaupt verbaute Gebiete, die keine Kanalisation besessen haben, anzuschließen und auch ein groß gefächertes Gebiet an Neubauten, sei es Siedlungen oder seien es Wohnhäuser, mit einzubinden, Es ist natürlich ganz klar, daß schon allein aus dieser Tatsache heraus, wenn diese Liegenschaften angeschlossen werden, daß die Anschlußgebühr fällig wird. Infolge dessen muß sich diese Entwicklung auch auf der Einnahmenseite auswirken. Man muß auch sagen, daß zuerst hunderte Millionen Schilling ausgegeben werden

mußten, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß dieses Ergebnis zustande kommen kann.

Ein Rechnungsabschluß ist eine Fundgrube für Überlegungen und man kann vieles aus einem Rechnungsabschluß herauslesen, wie gut man ihn eben anschaut und was man herauslesen will. Das ist jedem unbenommen. Wesentlich ist das Gesamtresümee, welches man ziehen kann. Dieses haben Sie getan, meine Damen und Herren, mit Ihren Ausführungen und haben gesagt, jawohl, das wird zur Kenntnis genommen. Ich glaube, zur Kenntnis nehmen müssen wir aber und das soll in unser Erinnerungsvermögen eingehen, daß wir gut und verantwortungsbewußt finanziell gewirtschaftet haben. So bleibt uns nichts anderes übrig, trotzdem ab und zu Vergleiche zu ziehen, wenn wir eine geordnete Finanzsituation bei uns vorfinden wollen. Wenn sie besser ist oder oftmals viel besser ist als bei anderen, so sagt dies nicht immer etwas über die Qualität, über die Ursachen aus. Aber wenn bei uns zum Beispiel die Schuldenhöhe nur ein Drittel einer im Land fast gleich großen Stadt herauskommt, dann muß man schon sagen, ob die Gründe in der Vergangenheit weit zurückliegen, denn sie sind bestimmt nicht in den letzten Jahren in dieser Höhe angelaufen, das ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Ich glaube, der Rechnungsabschluß 1968 gibt dem Gemeinderat und allen Verantwortlichen für die Finanzgebarung der Stadt recht, daß sie so gehandelt haben und wir dürfen, glaube ich, mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Ich bitte den Vorsitzenden, die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Wir sind damit mit den Berichten des Kollegen Fürst am Ende. Nächster Berichtserstatter ist Kollege Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzulegen. Der erste betrifft:

7) ÖAG-6116/79

Trinkwasserversorgung Neustift - Gleink und Weinzierl; Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und statische Bearbeitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 18. 5. 1982 werden im Zusammenhang mit der Errichtung des Hochbehälters Neustift sowie des Pumpwerkes Gleink und der Verlegung der Aufschließungsleitungen nachstehende Aufträge vergeben:

1. Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Errichtung des Hochbehälters Neustift, der Tiefbauarbeiten für die Leitungsverlegungen und des Pumpwerkes Gleink an den Zivilingenieur Dipl. Ing. Brunner, zum Preis von S 209.800,-
excl. 8 % USt.
2. Erstellung der statischen Berechnung der Bewehrungspläne, der Eisenstücklisten und die Durchführung der Kontrolle der Bewehrungs- und Betongütern an den Zivilingenieur Dipl. Ing. Brunner zum Preis von S 298.000,-
excl. 8 % USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von S 507.800,- (fünfhundertsiebentausendachthundert) excl. 8 % USt sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche Sie, den Antrag zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der zweite Antrag betrifft die Sanierungsmaßnahmen im Freibadbereich des städtischen Bades. Wie Sie aus dem Amtsbericht ersehen, haben wir im Jahre 1977 das Sportbecken saniert und haben jetzt die Aufgabe, im Rahmen des neuen Bäderhygienegesetzes, auch unsere Kinderplansch - bzw. Nichtschwimmerbecken zu sanieren, was eine höhere Beanspruchung von Mitteln verlangt. In diesem Zusammenhang soll auch eine Schwimmbeckenabdeckung angeschafft werden, die die Möglichkeit schafft, Energiekosten zu sparen. Sie haben im Amtsbericht alles genau angeführt.

8) Bau5-4007/81

Städtische Bäder; Sanierungsmaßnahmen im Freibadbereich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 6. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Nichtschwimmer- und Planschbecken im Freibadbereich des Stadtbades Steyr an die Firma VMW Ranshofen-Berndorf AG zum Preis von S 16,133,336,- übertragen. Zur Leistung der vereinbarten Anzahlung von 25 % der Auftragssumme bei Auftragserteilung (das sind S 4,033.334,-) wird ein Betrag von

S 3,000.000,-- (Schilling drei Millionen)

bei VSt 5/8310/0500 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,033.400,- (Schilling eine Million dreihundertdreißigtausendvierhundert)

bei derselben Voranschlagstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Mit den Bauarbeiten soll nach Beendigung der Badesaison begonnen werden. Auch hier ersuche ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gege- stimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Stadtrat Kinzelhofer für seinen Vortrag und bitte als Nächsten Kollegen Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen drei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen.

Der erste betrifft:

9) Bau5-6770/81

Bau2-1370/82

Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG; Wohnhausanlage Josefstal; Genehmigung gemäß § 58 der OÖ. Bauordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA XI vom 18. Mai 1982 wird gemäß § 58 Abs. 3 OÖ. Bauordnung die ausnahmsweise Zustimmung des Gemeinderates zur Erteilung der Bauplatzbewilligung und der Baubewilligung für die Errichtung der Wohnhausanlage Josefstal der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch Ges mbH auf Gfln. 446/4 und 837/2, EZ. 1129, Kat. Gem. Steyr, Wehrgrabengasse, nach Plänen des Dipl. Ing. Eberhard C. Neudeck, Steyr, erteilt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Dagegen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag lautet:

10) Bau6-1781/76

Lauberleitenweg; Erklärung zum Wanderweg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage befindliche Verordnung vom 21. Juni 1982 wird genehmigt.
(BEILAGE C).

Ich darf um Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich darf Sie bitten, auf die Verlesung der diesbezüglichen Verordnung verzichten zu dürfen. Der entsprechende Antrag lautet:

11) Bau3-3269/82

Neufestsetzung des Einheitssatzes zur Berechnung des Beitrages zu den Kosten öffentlicher Verkehrsflächen gem. § 21 OÖ. Bauordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 28. Mai 1982 wird sie in der Anlage befindliche Verordnung gemäß § 21 OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 35/1976, betreffend die Festsetzung des Beitrages zu den Kosten der Herstellung des Gehsteiges öffentlicher Verkehrsflächen mit einem Einheitssatz von S 625,--/m² und einem Inkrafttreten dieser Verordnung nach Kundmachung mit 1. September 1982 genehmigt. Die Kundmachung dieser Verordnung erfolgt gemäß § 62 StS 1980 im Amtsblatt der Stadt Steyr. (BEILAGE D).

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch hier sehe ich keine Wortmeldung. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen?

Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich danke Kollegen Wallner, Nächster ist Stadtrat Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING anstelle des abwesenden Stadtrates Leopold Wippersberger:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Anstelle von Stadtrat Wippersberger darf ich Ihnen den Antrag stellen, im Rahmen des Asphaltierungsprogrammes folgende s zu beschließen:

12) Bau3-6630/81

Asphaltierungsprogramm 1982; Arbeitsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 6. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten im Rahmen des Asphaltierungsprogrammes 1982 an die Firma Hinteregger und Söhne, Linz, zum Preise von S 2,983.463,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,983.500,- (zwei Millionen neuhundertdreißigtausendfünfhundert) werden bei VSt 1/6120/0020 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, wir haben uns bei der letzten Gemeinderatsitzung konkret mit dem Asphaltierungsprogramm 1982 beschäftigt. Allerdings nicht mit den Kosten darüber, die stehen ja jetzt auf Grund dieses Antrages zur Diskussion und Beschlußfassung. Ich meine, meine Damen und Herren, wenn man sich hier den Amtsbericht durchsieht und weiß, daß 13 Firmen Angebote hereingegeben haben, und die Firma Hinteregger & Söhne, Linz, Bestbieter wurde mit nicht einmal 3 Millionen Schilling, dann möchte ich hier ganz öffentlich sagen, was gibt es da für eine Bau-Mafia, wenn die anderen Angebote sich bewegen zwischen 5 Millionen und 5,5 Millionen Schilling? Vielleicht kann mir das irgend jemand erklären.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Berichterstatter dazu?

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Es wurden Erkundigungen eingeholt und dabei festgestellt, daß die Firma Hinteregger & Söhne eine reelle Baufirma ist und das sicherlich kein Unterangebot ist. Es ist sehr traurig, daß gerade unsere Baufirmen in Steyr diesen Auftrag erstmalig nicht bekommen haben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich eines dazu ergänzend sagen, ohne Beschuldigungen auszusprechen. Stadtrat Zöchling hat schon gesagt, die Überprüfung hat ergeben, daß es sich um ein absolut korrektes Angebot handelt. Hier kommen wieder Dinge zum Tragen, die oftmals kritisiert werden, hier im Gemeinderat. Auf der einen Seite wünschen wir und wollen wir alle, daß die Bauaufträge in Steyr bei den hiesigen Firmen bleiben, eben zur Abdeckung der Beschäftigungszahlen, auf der anderen Seite haben wir im Sinne unserer Finanzhoheit, die wir besitzen, im Sinne einer sparsamen Verwaltung, dafür zu sorgen, die Bestbieter sorgsam auszuwählen. Hier überschneiden sich zwei Interessen und ich muß sagen, es ist nicht das erste Mal, denn gerade in den vergangenen Jahren bei den Großkanalbauten, wo wir auf Grund der Bestimmungen des Wasserwirtschaftsfonds gezwungen sind, ohne Schutzklausel vorzugehen, hat sich schon gezeigt, daß sich hier erhebliche Unterschiede in den Angeboten zeigen. Worauf das zurückzuführen ist, möchte ich hier nicht dezidiert erklären, ich könnte es auch nicht. Aber die Tatsache allein, daß eine so große Preisdifferenz bei durchaus gleichwertigen Firmen auftritt, gibt sicherlich zu denken.

Dessen ungeachtet aber glaube ich, nachdem sich niemand mehr zu Wort gemeldet hat, daß wir den Auftrag an den Bestbieter vergeben. Ich frage Sie, ob Sie dagegen Einwendungen haben? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Auch solche sehe ich keine. Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

13) Bau5-4520/79

Kindergarten Resthof; Kostenüberschreitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 5. 1982 wird zur Kenntnis genommen, daß sich die Kosten für die schlüsselfertige Herstellung des dreigruppigen Kindergartens Resthof gegenüber dem mit den Beschlüssen des Stadtsenates vom

8. 10. 1980 und des Gemeinderates vom 20. 11. 1980 genehmigten Betrag um S 376.369,71 erhöht haben. Zur restlichen finanziellen Abwicklung – die Gesamtkosten betragen nunmehr S 6,883.368,11 – wird der Betrag von

S 459.600,-- (vierhundertneunundfünfzigtausendsechshundert)

bei VSt 5/2400/0101 freigegeben und der Betrag von

S 259.400,-- (zweihundertfünfneunzigtausendvierhundert)

bei der gleichen Voranschlagsstelle als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich Sie bitten, etwas mehr Ruhe zu bewahren.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß sich bereits mehr als 30 Kinder für das Kindergartenjahr 1982/83 im Resthof angemeldet haben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Vortrag. Gibt es zum Antrag selbst eine Wortmeldung? Keine. Stimmt jemand dagegen? Nicht. Enthaltungen? Auch keine, daher einstimmiger Beschluß.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt.

Wir beginnen nunmehr mit der Aktuellen Stunde. Sie haben heute mit Ihren Beschlüssen einen Betrag von insgesamt 12,867.000,- zur Freigabe gebracht.

Ich bitte Sie, das zu vermerken.

Auf meiner Uhr ist es jetzt 16.15 Uhr und ich frage in der üblichen Reihenfolge die SPÖ, ob sie einen Beitrag hat? Herr Kollege Steinparzer bitte!

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte Sie heute mit einem ganz aktuellen Problem befassen, und zwar die Errichtung von Radfahrwegen. Ich glaube, dieses Problem ist jetzt ganz aktuell, da, wie wir alle wissen, die Vollendung des Unteren Schiffweges, des Lauberleitenweges bzw. auch die Fertigstellung des Münichholzsteges vollzogen ist.

Ich denke auch an die Kanaltrasse zwischen Pumpwerk und Schiffmeisterhaus.

Alle diese genannten Wege würden sich anbieten, daraus Radfahrwege zu machen.

Mir ist klar, daß man nicht nur eine Forderung aufstellen kann, sondern auch auf daraus erwachsende Probleme eingehen muß. Ein Problem sehe ich darin,

daß, wenn wir diese Wege als Radfahrwege der Öffentlichkeit zuführen, gewisse

Geländer flußseits gemacht werden müssen. Ich glaube aber nicht, daß das so

gemacht werden muß, in einer Art, wie sie für den Straßenverkehr benötigt

wird, wo Autos fahren, sondern ich denke daran, leichtere Profile zu verwenden.

Am Lauberleitenweg zum Beispiel denke ich an Holzgeländer oder ähnliches.

Ein zweites Problem, das uns sicher im Gemeinderat noch beschäftigen wird, ist,

wenn dort Personen z. B. mit ihren Hunden spazieren gehen, Mütter mit Kinder-

wagen fahren usw. und dort auch Radfahrer fahren, daß es dort wahrscheinlich

Probleme geben wird. Besonders wenn die Jugend mit den Gangrädern etwas

schneller dort fährt, kann es zu Problemen kommen. Wir werden uns damit be-

fassen müssen, straßenverkehrspolizeiliche Maßnahmen zu überdenken, damit

diesbezüglich keine Verärgerung bei der diese Wege benützenden Bevölkerung

heraufbeschwört wird.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß man Vorsorge treffen sollte, daß auch Abstellplätze für diese Fahrräder installiert werden. Ich denke daran, daß solche beim Schiffmeisterhaus eingerichtet werden bzw. am Unteren Schiffweg, und zwar am Ende des Unteren Schiffweges. Wie ich ersehen konnte, sind z. B. wochentags beim Arbeitsamt ca. 100 Fahrräder abgestellt. Ich glaube, daß solche Einrichtungen notwendig werden.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß selbstverständlich dort auch Ruhebänke auf diesen Wegen errichtet werden sollen. Um einer Verschmutzung dieser Wege vorzubeugen, sollte man auch an Papierkörbe denken, um die Stadt rein zu halten.

Ich hoffe, daß meine Anregung hier im Gemeinderat allgemeine Zustimmung finden wird. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wünscht die ÖVP zu diesem Problem eine Stellungnahme? Herr Gemeinderat Radler bitte.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Anregungen von Kollegen Steinparzer können von unserer Fraktion nur begrüßt werden und ich erinnere daran, daß wir in früheren Jahren solche Forderungen schon gestellt haben. Er hat gleichzeitig die damit verbundene Problematik aufgezeigt. Wenn man bedenkt, wird diese Forderung nach Radfahrwegen sicher zwischen Pumpwerk und Schönauerbrücke keine Probleme mit sich bringen, weil dort eine relativ breite Verkehrsfläche zur Verfügung steht, wo auch Ausweichmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer gegeben sind. Problematisch wird es insbesondere am Unteren Schiffweg werden, wo uns nur eine relativ schmale Verkehrsfläche zur Verfügung steht und wo es kaum möglich ist, daß Fußgänger und Radfahrer, wenn sie sich dort begegnen, oder wo Radfahrer Fußgänger überholen wollen, daß das ohne Gefährdung vor sich gehen kann. Wenn man bedenkt, daß es gerade unter den Radfahrern gewisse gibt, die undiszipliniert gegenüber Fußgängern sind, wird es dort sicher zu Schwierigkeiten kommen. Daß diese Wege mit Geländern versehen werden müssen, ist selbstverständlich. In welcher Art diese sein müssen oder wie die Absicherungen gegenüber den Flüssen sein müssen, das wird den Technikern überlassen bleiben. Eine Leitschiene, wie wir sei bei den Straßen haben, wird sicher zu kostspielig sein. Andererseits muß man bedenken, daß bei Hochwasser ganz provisorische Geländer aus Holz nicht standhalten werden und man damit rechnen muß, daß diese Geländer alle zwei Jahre dann erneuert werden müßten.

Grundsätzlich aber wäre dem heutigen Trend folgend, die Errichtung von Radwegen, wo immer möglich, begrüßenswert, selbst wenn sich Probleme, wie aufgezeigt, ergeben. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. FPÖ? Herr Gemeinderat Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch ich möchte mich den Worten der beiden Vorredner anschließen. Ich freue mich sehr, daß dieses Problem heute hier angeschnitten wurde. Ich sage das nicht deswegen, weil ich einen Vaterschaftsprozeß anstreben möchte, möchte aber doch erinnern, daß die Forderung, ein Radwegekonzept zu errichten, eine jahrelange freiheitliche Forderung ist und so weit ich mich zurückerinnern kann, sind dafür bereits Mittel bereitgestellt worden. Herr Stadtrat Fürst wird sicherlich die Zahl nennen können, ich kann das nicht aus dem Stegreif. Es ist mir auch bewußt und klar, daß Probleme im städtischen Bereich auftreten werden, was die

Absicherung dieser Radwege betrifft. Ich darf nochmals meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß es ein gemeinsamer Wunsch aller im Gemeinderat vertretenen Parteien ist, im Bereich der Stadt Steyr Radfahrwege zu errichten. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Herr Gemeinderat Treml als Letzter in der Reihe.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann es mir sehr einfach machen. Da die Mehrheitsfraktion durch ihren Sprecher Steinparzer Vorschläge unterbreitet und Wünsche der Mehrheit, daß man doch endlich Radfahrwege und Wanderwege errichten soll. Alle Parteien haben z. B. zum Budget 1982 konkrete Vorschläge gemacht, auf welchen Wegen das möglich wäre, auf der Kanaltrasse, durch die Fertigstellung des Rohrsteiges usw. Es wurden sogar konkrete Pläne vorgelegt von meiner Seite aus, wo man die Fahrräder abstellen könnte, wo man Abstellplätze schaffen könnte. Meine Damen und Herren der Mehrheit, wenn Sie heute in der Aktuellen Stunde dieses Problem aufrollen, warum haben Sie das nicht bei der Fraktionsbesprechung schon zum Budget behandelt? Sie hätten zumindest im Budget 1982 Vorsorge treffen können, daß wirklich die notwendigen Rad- und Wanderwege in Steyr errichtet werden und dem nicht motorisierten Individualverkehr Vorrang gegeben wird. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es ist hier keine Forderung erhoben worden, kein Antrag. Es kann auch keine Anfrage gerichtet werden in der aktuellen Stunde. Zu dem Problem selbst sind wir ja gar nicht in der Lage, vor einer Eröffnung der Wege der Enns entlang, der Lauberleite oder dem Schiffweg hier irgendwelche Maßnahmen diesbezüglicher Art zu setzen. Aber zweifelsohne wissen wir, daß mit der Fertigstellung vom Gehweg Lauberleite und mit der Fertigstellung des Rohrsteiges sich sogar auch mit dem rechtsufrigen Weg gewissermaßen ein Kreis schließt, der sich geradezu anbietet zur Benützung zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Die Schwierigkeiten sind angezogen worden. Sie werden ganz sicherlich in der Kollision zwischen Fußgeher und Radfahrer sich dann zeigen. Da muß man aber auch als Gemeinderat den Mut haben, wenn es nicht anders geht und hier tatsächlich Kollisionen, die Schwierigkeiten bereiten, kommt, sich für die eine oder für die andere Variante dann zu entscheiden. Aber dem kann man heute nicht vorgreifen. Da muß man die Erfahrungen der nächsten Zeit abwarten. Ich kann Ihnen mitteilen, daß auch bereits von der Planungsabteilung seit geraumer Zeit von mir ein Auftrag erteilt wurde, ein Radfahrnetz für Steyr zu entwerfen - Ing. Grassnigg arbeitet bereits daran - die werden nach Fertigstellung dem Gemeinderat sowieso diesen Netzplan vorlegen, sodaß Sie über das jetzt Gesagte hinaus noch eine Übersicht bekommen über die Möglichkeiten, auch weitere Wege für Fußgeher oder Radfahrer zu erschließen. Eines steht mit Sicherheit fest, nämlich daß entlang der Enns auf dem neu geschaffenen Trassenweg auf der Kanaltrasse hier sehr sorgsam mit dem Gelände umgegangen werden muß und ich möchte sogar so weit gehen, daß ich den Gemeinderat in einer der Informationssitzungen beschäftigen werde mit den Vorschlägen des Bauamtes über die Gestaltung dieses Geländers. Eine Leitschiene, das fällt mir ein, ist ja auch tatsächlich weg. Sie wäre von den Kosten her dort nicht zu befürworten, auch glaube ich, daß die Höhe für einen Radfahrer sich nicht gerade als günstig erweisen würde. Es muß hier halt ein Gelände gefunden werden, das einigermaßen kostenmäßig tragbar ist und auch in der Stadtbildgestaltung nicht eine Faust aufs Auge darstellt. In der Lauberleiten wird es leichter sein, denn dort - so nehme ich an - könnte das Auslangen mit Derbstangen gefunden werden. Das ist ein reines Erholungsgebiet und dort kann man ohne weiteres mit Derbstangen dem Problem begegnen, ohne daß es landschaftsmäßig störend wirkt. Die Vorschläge, die hier gemacht wurden, sind sicherlich überlegenswert. Es wird auch etwas geschehen, das Bauamt ist, wie gesagt, damit beauftragt. Aber im Vordergrund muß bei allen Überlegungen die Sicherheit der Benutzer stehen. Die Sicherheit wird natürlich um so höher sein müssen, wenn dort ein Fahrzeug verkehrt, auch wenn es nur ein Fahrrad ist. Ich würde so weit gehen, daß man nach Garsten hinaus den Schiffweg, so wie er bisher immer war als Fußweg behält. Ich kann mir nicht schwer vorstellen auf den Steinquadern jetzt ein Gelände anzubringen, außerdem war dies immer ein Fußweg, war immer fürs Radfahren gesperrt. Es müßte aber auf der drüberen Seite, also vom Münichholz gesehen flußaufwärts am anderen Ennsufer über den Bergerweg Möglichkeiten angeboten werden bis zum Kraftwerk in Garsten, dann mit dem Fahrrad den Weg benützen zu können. Aber ich bin der Meinung, da müßte man auch den Verkehrsausschuß damit beschäftigen. Der muß sich diese Dinge überlegen, wo kann man die Kombination Fußgeher - Radfahrer von der Sicherheit her befürworten und wo kann man sie von der Sicherheit her nicht mehr vertreten. Es ist auch zu überlegen der Hinweis für die Körbe, denn diesen halte ich für sehr wichtig, denn gerade die Verschmutzung im Stadtgebiet nimmt bei einer sehr starken Benützung sehr rasch zu, wenn man nicht von Beginn an entsprechende Vorsorgen trifft. Es wäre auch denkbar, wenn schon so beim Schiffmeisterhaus daran gedacht

wird, einen Abstellplatz für Fahrräder zu schaffen, ob nicht überhaupt ein Radverleih für solche Ausflügler geschaffen wird. Aber das sind Dinge, die noch in Überlegung stehen, da soll sich der Verkehrsausschuß und die MA. I damit beschäftigen und Vorschläge dem Gemeinderat unterbreiten.

Zu den Terminen noch. Eine Erhebung im Bauamt hat ergeben, daß wir kaum vor September rechnen können mit der Nutzbarkeit des Schiffweges. Es wird von mir aus empfohlen, dann gemeinsam mit der Gemeinde Garsten an der Stadtgrenze hier die Übergabe des Weges in die öffentliche Benützung vorzunehmen. Es ist dies auch ein Wunsch der Gemeinde Garsten. Das werden wir dann sicherlich in einer passenden Form tun. Die Lauberleite wird aber trotz fleißiger Arbeit kaum vor Mitte Oktober fertig sein. Das ist nur eine Prognose, sollte sich die Terminabwicklung verkürzen, so wären wir darüber nur glücklich, aber nach der Terminvorschau war ja ursprünglich bei Auftragsvergabe von Haus aus gedacht, daß wir wahrscheinlich heuer nicht mehr fertig werden, aber das Treiben hat dann doch dazu geführt, daß wenigstens im heurigen Jahr noch die Lauberleite freigegeben werden kann. Das ist die Terminvorschau für die öffentliche Nutzbarkeit. Ansonst ist dem Problem des Radverkehrs und des Fußgeherverkehrs sicherlich Bedeutung beizumessen und Sie werden dann als Gemeinderat mit diesen Dingen ausführlich noch beschäftigt werden.

Damit ist dieser eine Punkt abgeschlossen. Ich frage nunmehr die ÖVP-Fraktion, ob sie ein Problem vorbringen möchten. Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium! Weil dazu erst der Hinweis auf einen nicht zu führenden Vaterschaftsprozeß gemacht wurde und ich schon von meinem Sitznachbarn angesprochen wurde, daß wir schon lange mehr keine Lateinstunde abgehalten haben, möchte ich meinen nächsten Beitrag auf Latein beginnen mit dem Zitat, daß wir schon vor einigen Jahren hier gegenständlich gehabt haben, nämlich der alte Rechtsgrundsatz pater semper incertus est, das heißt also auf deutsch, der Vater steht niemals fest, wohl aber die Mutter. Genau so könnte das bei unserem Wohnbau in der Stadt Steyr sein, zumindest so weit es die GWG betrifft. Die GWG könnte die Mutter sein, sie steht also fest. Aber nach den Steyrer Gepflogenheiten, meine Damen und Herren, steht in den letzten Jahren auch der Vater immer fest. Der Schöpfer aller dieser Wohnbauvorhaben ist ein einziger Architekt, der ja einst das Monopol gepachtet hat für ästhetische Auswirkungen hier in der Stadt. Die architektonischen Aspekte, die sich neuerdings in Hinsicht auf Stadtlandschaften ergeben, sprechen ein relativ uniformes Bild von dieser Tatsache. Daraus leite ich die Anregung ab, daß es doch zweckmäßig wäre, sich zu überlegen, ob man nicht einer architekten Öffentlichkeit als erstes den Zugang zu den Bauvorhaben dieser Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr ermöglichen könnte und als zweites richte ich die Frage, ob nicht vielleicht der Architektenwettbewerb - das wäre das Idealste, sicherlich auch das Teuerste - und ob nicht eine Befassung der Arbeitsgemeinschaft "Besseres Wohnen in Österreich" zu diskutieren wäre in Hinsicht auf Projekterstellung. Der Verein Konsumentinformation stellt Möglichkeiten zur Verfügung und alle diese Projektgestaltungsvarianten könnten ja über Finanzierungsnachweis aus Mitteln der Wohnbauförderung bzw. der Wohnbauforschung finanziert werden. Also, daß den einzelnen Mieter nicht allzu viel an Mehrbelastung raufkäme, wohl aber vielleicht die Möglichkeit entstünde, der Uniformität im Wohnbau in der Stadt Steyr doch etwas entgegenzuwirken. Begrüßenswert ist es ja ohnehin, daß die Aussagen, die hier im Gemeinderat nicht nur von mir, sondern natürlich auch vom

städtischen Wohnungsreferenten, Herrn Stadtrat Zöchling, gemacht wurden. hinsichtlich der Wohnungsgrößen bei Wohnneubauten, die zur Verfügung gestellt wurden nun erstmals im Abschnitt Steinfeldstraße - Kegelpriel Eingang finden und mit Freude entnimmt man aus den Berichten der GWG der Stadt Steyr, daß die Wohnungsgröße nunmehr reduziert wird. Die Hoffnung ergibt sich daraus, daß etwas erschwinglichere Wohnungen das Resultat sein könnten. Ich wiederhole also meine Anregung, in dieser Richtung weiter zu projektieren und auf familienkonforme annehmbarer Größe konstruierten Wohnungen und zum zweiten, meine Anregung, doch eine etwas größere Vielfalt in der Architektur bzw. in der Gestaltung der Wohnbauten herbeizuführen und ich erinnere nochmals an die Finanzierungsmöglichkeiten dazu, die ich ohnehin aufgezeigt habe. Die Zeit, glaube ich, habe ich ziemlich genau eingehalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Dazu der Wohnbaureferent Kollege Schwarz.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu dem Problem des Wohnbaues in Steyr bezüglich Vergabe von Generalbevollmächtigten- oder Generalunternehmeraufträgen darf ich sagen, Kollege Holub, Du hast das so dargestellt, als ob es in Steyr nur den Herrn Dipl.-Ing. Reitter gäbe.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HOLUB:

Ich habe den Namen nicht genannt.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber ich möchte doch eindeutig sagen, wir haben hier sicherlich eine breite Streuung bei uns in unserer Stadt. Ich darf daran erinnern, das große Gebiet am Resthof, ich darf auch daran erinnern, daß wir alle Steyrer Architekten mit solchen Aufträgen bisher versorgt haben, die also auch dazu in der Lage sind. Ich möchte auch die Namen sagen, den Herrn Arch. Neudeck. Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß der Arch. Braunstingl z. B. als Generalunternehmer den Auftrag für das Alte Stadttheater durchgeführt hat. Ich glaube, wir als Steyrer sollten doch Bedacht darauf nehmen, daß wir in unserem Gebiet auch unsere Firmen, die dazu ermächtigt und aufgrund ihres Könnens in der Lage sind, diese Aufträge zu vergeben. Wir vergeben ja die Aufträge an Generalbevollmächtigte unter bestimmten Voraussetzungen, nämlich, daß der Förderungspreis von der Wohnbauförderung garantiert wird. Und hier muß ich also eines sagen, daß wir mit den Firmen, mit denen wir bisher zusammengearbeitet haben, durchaus gute Erfahrungen gemacht haben. Es gibt also sicherlich in dieser Richtung keine Anstände. Sie können auch mit unseren Herren des Bauamtes sprechen. Ich glaube also, daß diese Vorgangsweise richtig ist, daß alle Formalitäten, die mit diesen Anträgen verbunden sind, ja auch von den Firmen durchgeführt werden. Ich möchte aber noch dazusagen, daß diese Generalbevollmächtigten natürlich auch in ihren Verträgen die Auflage haben, nach Möglichkeit Steyrer Firmen zu beschäftigen. Das möchte ich hier ausdrücklich betonen. Das ist auch in breiten Bereichen, mit ganz wenig Ausnahmen, gelungen. Ich glaube, daß es sicher günstig ist, wenn wir diese Vorgangsweise auch weiter durchführen. Ich glaube nicht, daß wir aufgrund der Auftragsituation von einer Uniformität - wie Du gesagt hast - reden kann. Es ist natürlich in manchen Bereichen eine gewisse architektonische Linie feststellbar. Das wird also gar nicht bestritten. Es ist aber die Frage, ob das nicht bei der Vergabe an einen anderen Architekten eine andere Form unter Umständen hätte. Ich glaube nicht,

daß das eine große Rolle bei der Vergabe spielen sollte. Ich darf nochmals sagen, daß wir interessiert sind, hier Verbesserungen durchzuführen. Wir sind auch mit jenen Architekten immer wieder im Gespräch, die Wünsche und Forderungen und Bedürfnisse der Wohnungssuchenden auf die Bedürfnisse einzugehen, wurde schon darauf hingewiesen, eine Verkleinerung der Wohnungsgrößen auch hier ändert sich auch ständig der Bedarf und die Vorstellungen der Bevölkerung. Hier sind wir ständig im Gespräch und die notwendigen Änderungen auch planungsmäßig hier vorgenommen werden.

BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Seitens der SPÖ wird niemand sprechen, wie ich sehe. FPÖ nichts. Herr Tremml bitte sehr.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, aufgrund der prekären Situation und auch der miesen Lage bei uns im Wohnungsbauamt dadurch auch für die Wohnungssuchenden, glaube ich, ist nicht die entscheidende Frage, nämlich die der Architektur, sondern hier geht es in erster Linie vor allem darum, daß der Wohnbau eben so aufgeführt wird, daß auch die Bevölkerung, die Wohnungen braucht, diese auch bekommt. Heute ist es eben so eine Situation, daß ja wir auch mit der eindringlichen Architektur nicht einmal die Möglichkeit haben, daß wir dort die leer stehenden Wohnungen an den Mann bringen, wie es bei der letzten Wohnungsausschußsitzung der Fall war. Daher glaube ich, entscheidend ist für uns nicht zu viele Architekten mit einzubauen, denn ich möchte mir jetzt manches ersparen. Sie haben auch jetzt bereits sehr großen Spielraum in unserer Stadt gehabt bei der Schaffung von verschiedenen Wohnungstypen. Wir haben ja die verschiedensten Wohnungstypen in unserer Stadt. Wir bauen ja seit 1953 Wohnungen durch die GWG der Stadt Steyr und hier wissen wir in der Praxis von den Hausfrauen und von den Mietern, welcher Wohnungstyp am gängigsten wäre. Aber ist man leider immer wieder davon abgekommen aus verschiedensten Gründen, die auch darin zu suchen sind, daß eben bei bestimmten Wohnungstypen mehr Geld herauszuholen ist. Ich möchte z. Beispiel einen Wohnungstyp ansprechen, der sicherlich angenommen würde in der heutigen Situation wie z. B. die Wokralstraße, dieser Wohnungstyp würde sehr angenommen werden für Familien mit 2 Kindern, ähnlich in der Hanuschstraße, in der Resselstraße, wo einmal der Magistratsdirektor gewohnt hat. Wunderbare und preislich sehr günstig eben für die Familien, die eben 4 oder 5 Kinder haben. Da kann man nicht auskommen mit dem Wohnungstyp, der jetzt geplant ist in der Steinfeldstraße mit 60 m² bis 80 m². Im wesentlichen, glaube ich, steht hier die Frage, hier haben wir genügend Möglichkeiten. Man braucht nur ein bißchen nachschauen bei uns in den Schubladen, so manche Pläne herausnehmen, denn die würden ja nichts kosten, und dann nach diesen Plänen wiederum die Bauten aufführen. Aber, meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit möchte ich noch etwas anderes anschneiden, was hier dazugehört. Man sagt, diese Generalbevollmächtigten in der einen Richtung politisch gesehen oder wiederum in der anderen Richtung. Mir ist das vollkommen egal, wer diese Wohnbauten aufführt. Sie sollten zumindestens baumaßnahmenmäßig gerecht erstellt werden. Hier habe ich einige Beispiele heute anzuführen und zwar bei den Wohnbauten der GWG, die ungefähr vor 8 Jahren gebaut wurden. Ich sage das auch von der Fa. Zwettler errichtet im Resthof, und zwar die Rudolf-Diesel-Straße 1 bis 9. In all diesen Häusern ist es heute nach 8 Jahren notwendig, dort die Fenster zu überarbeiten, d. h. neue Fensterflügel anzufertigen. Meine Damen und Herren, alleine für diese 10

Häuser müssen die Mieter S 469.000,-- in den nächsten Wochen und Monaten bezahlen zu ihren hohen Mietzinsen, die durch Reparaturkosten anfallen. Hier, glaube ich, müßte man eben diese Generalbevollmächtigten veranlassen, daß sie diesen Schund, den sie dort hineingebaut haben, auf ihre Kosten reparieren bzw. erneuern. Dasselbe möchte ich auch anführen und zwar bei der Revitalisierung der Berufsschule Steinfeldstraße. Hier hat ja die Gemeinde sehr große Mittel zur Verfügung gestellt. Ich glaube, über 1 Million mußten wir zuschießen bei einem m²-Zins von etwa S 70,-- bis S 72,--. Also diese Revitalisierung war sehr teuer. Auch hier müßte man die Firma, die dieses Haus umgebaut hat und ganz schön verdient hat bei diesen Umbau, denn da kann man nicht genau bemessen nach m² usw. Daß sie hier zumindestens jetzt die desolante Fassade auf der Westseite neu machen muß, es blättert ab, Risse sind vorhanden usw. Ich habe es mir erst vor 4 Stunden angesehen. Hier müssen wir als Gemeinde mehr Druck ausüben auf die Generalbevollmächtigten, auf jene Baufirmen, die so einen Schund der Gemeinde oder der GWG andrehen. Es heißt, daß in Zukunft härtere Maßnahmen gesetzt werden müssen und ich verlangt auch, daß eine begleitende Bauaufsicht für Gemeindebauten sprich GWG-Bauten installiert wird.

BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nachdem die Rednerliste der Fraktionen durch ist spricht der Kollege Schwarz nochmals.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zum Kollegen Tremml möchte ich sagen, es ist schon richtig, daß man aufgrund der Überlegungen zu kleineren Einheiten geht. Es ist nicht so sehr eine Frage der Größe und der Einheiten, sondern es ist eine Frage der Finanzierung. Es ist dies eine Frage des Geldes und hier liegt die große Problematik und auch die Entwicklung der Betriebskosten spielt hier auch eine große Rolle, denn deswegen ist der Wunsch der Bevölkerung die Verringerung der Wohnungsgröße, weil sich auch dadurch automatisch die Betriebskosten verringern. Der Mieter sieht doch im wesentlichen die Miete als eine Gesamtheit. Die Baukosten sind eine statische Größe, die sich kaum verändern. Aber die Betriebskosten verändern sich ständig nach oben und wir sehen also jetzt, daß es hier viele Dinge gibt, die importiert sind, darauf möchte ich gar nicht näher eingehen. Es wurde schon einmal hier diskutiert. Zum anderen möchte ich sagen, was für ein "Glumpert" eingebaut worden ist im Resthof bei den Fenstern, da haben wir herinnen diskutiert, alle waren wir der Meinung, daß also diese große Firma, die Tischlerei, die in Steyr 60 oder 70 oder damals sogar über 100 Leute gehabt hat, eine entsprechende Beschäftigung braucht. Es war nicht zuletzt der Entschluß des Gemeinderates, daß die Fa. Zwetler veranlaßt wurde, diese Fenster von dieser Firma zu kaufen. Das ist also eine beschäftigungspolitische Überlegung unter anderem auch gewesen. Alle, die da herinnen sitzen, haben gewußt, daß wir unter Umständen damit Probleme bekommen. Uns war aber die Beschäftigungssituation dieser Firma auch etwas wert. Meine Damen und Herren, man kann nicht einfach sagen, wischen wir das jetzt weg, das interessiert uns nicht mehr. Damals hätten wir das sagen müssen, die Firma interessiert uns nicht. Heute ist sie wahrscheinlich schon in anderen Händen und hat sich geändert, denn sie ist wesentlich kleiner geworden. Viele Entwicklungen, die sich gezeigt haben haben manche vielleicht vorhergesehen. Es waren dort in der Firma eine große Anzahl von Leuten beschäftigt und das, glaube ich, war auch ein sehr wesentlicher Punkt, daß diese Situation so gekommen ist, die letztlich natürlich auch in der Folge

aus dem Instandhaltungsbetrag die Reparatur dieser Fenster bezahlt. Ich glaube, man sollte die Argumente "warum" und "weshalb" nicht immer ganz vergessen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Meine Damen und Herren, das Problem der Wohnungen hat leider eskaliert, weil man auch in Österreich hier seitens der Wohnbauförderung immer der Zug vorhanden war, und zwar von allen Richtungen, nicht nur von der SPÖ auch von der ÖVP, immer dieser Trend verfolgt worden ist, die Wohnungen müssen immer besser ausgestattet werden, müssen immer größer sein, müssen immer komfortabler werden und das hat dazu geführt, daß neben einer Eskalierung bei den Betriebskosten, vor allem der Heizungskosten usw., auch bei den Ausstattungen ein bißchen übers Ziel geschossen wurde. Der Magistratsdirektor ist mein Zeuge, wie oft ich in früheren Jahren bei Gesprächen mit dem Landeswohnbaureferent immer wieder darauf hingewiesen habe, es ist ein Unsinn, wenn ihr 105 m²-Wohnungen einem Familienvater mit 3 Kindern anbieten und der sich die Wohnung nicht nehmen kann, weil er sie sich nicht leisten kann, dann dort ein Ehepaar ohne Kinder einzieht und der eine, mit den 3 Kindern zieht wieder in ein Loch von 65 m² ein, weil er sich das leisten kann. Wir wollten sogar einen Musterblock mit einer so quasi "Zweite-Klasse-Ausstattung" einmal probieren, damit man auch sieht, wie kommt so etwas bei den Wohnungswerbern an. Ich bin überzeugt, daß so etwas funktionieren würde, die Wohnbauförderung hat das nicht genehmigt. Das sind nur einige Beispiele weil hier vom Resthof die Rede ist und mit der Architektur hat es eigentlich begonnen beim Kollegen Holub. Die Architektur, sage ich öfter schon, ändert ihre Meinung je nach dem, welche Leute in der Architektur gerade an der Lehrkanzel sitzen und dort an der Spitze jetzt tätig sind. Heute ist der Trend wieder zurückgegangen an die alten Giebelhäuser. Man möchte nachahmen, was andere vor 100 Jahren schon längst gekonnt haben. Vor 30 Jahren hat man halt noch die großen Häuser mit Flachdächern als das non plus ultra im Wohnbau betrachtet und konzipiert und entwickelt. Wenn ich daran denke - weil heute die Dieselstraße am Resthof genannt wurde -, diese Häuser wurden meines Wissens mindestens vor 20 Jahren geplant. Damals war der Trend zu möglichst hohen Häusern auf kleinen Grundflächen, weil man der Meinung war, das ist billig, weil hier pro Person oder pro Wohnung wenig Freiflächen anfallen. Und so könnte man eine ganze Reihe aufzählen. Ich möchte nicht einmal die damalige Firma Fuchs, die heute zitiert wurde - nicht namentlich, aber man hat sich ausgekannt - erwähnen, denn hier hat auch die Firma nicht schuld, denn früher hat man auch von der Wohnbauförderung, von der Architektur der Isolierung der Häuser viel weniger Bedeutung beimessen als heute und man ist erst darauf gekommen, als die Betriebskosten eine Eskalation erfahren haben, daß man gegen diese Verteuerung auf einem Zweitweg etwas unternehmen muß, wenn man die Preise der Betriebskosten nicht in den Griff bekommt, dann über die Einsparung durch bessere Isolierungen. Das ist bei den Fenstern dann auch geschehen bei den weiteren Bauten am Resthof. Ich zitiere die Bürohäuser auf der Ennsleite, wo die Fenster durchwegs schon ausgetauscht werden mußten, weil sie damals - auch da hat nicht die Firma schuld - aufgrund der damaligen Förderungsbestimmungen das billigste Holz verwendet. So könnte man einen ganze Reihe zusammenstellen, warum im Wohnbau von uns ein gewisses Unbehagen besteht. Im engeren Stadtgebiet muß man sowieso Rücksicht nehmen auf die Stadlandschaft und weiter draußen wird man halt modern zweckmäßig bauen nach den heutigen Gesichtspunkten. Daß man Wohnungen mit 110, 120 oder 105 m² baut und weil die Wohnbauförderung noch erlaubt, Verfließungen, Spannteppicht und alle möglichen Komfort-

einrichtungen, die dann der Mieter nicht bezahlen kann, der diese große Wohnung braucht, da liegt die Ursache, warum ein Unbehagen besteht. Man muß das wieder auf ein Normalmaß zurückführen, man soll nicht die Urzustände herbeiführen der Zwischenkriegszeit. Das wäre unrealistisch. Ich glaube, realistisch ist heute, wenn ein Wohnungswerber kommt, der 2 Kinder hat, er soll auch den Anspruch haben auf Zuweisung einer ihm passenden Wohnung, denn da kann man nicht nach Einkommensverhältnissen vorgehen. Der sich eine Großwohnung leisten kann, auch wenn er sie von der Familiengröße nicht braucht, und der sich die Wohnung nicht leisten kann, der sie aber brauchen würde aufgrund des Familienstandes, der kann sie eben nicht bekommen, weil er höflich "nein" sagen muß, Das sind Dinge, die man überprüfen muß.

Schauen Sie, wir haben natürlich im Steinbrecherring, Wokralstraße usw. Wohnungen, die nach ganz anderen Förderungsrichtlinien erbaut worden sind. Ganz geringe Verzinsungen mit 2 % glaube ich. Es liegt hier also in zwei Richtungen das Übel, das man erkennen muß und man muß auch den Mut haben, öffentlich dagegen Stellung zu nehmen. Das eine ist eine übertriebene Ausstattung, auf die der Betreffende, der die Wohnung braucht, verzichten muß, weil er sie nicht zahlen kann. Das andere ist die Finanzierbarkeit überhaupt und die Finanzierungsart, wie heute die Wohnbauten finanziert werden müssen. Das sind diese zwei Gründe, die es heute herbeiführen, daß der soziale Wohnbau zudem was ich vorher genannt habe, nicht mehr als sozial angesehen werden kann. Das ist eine Feststellung, die uns weh tut, die wir erkennen müssen und damuß man immer wieder die Gelegenheit ergreifen, dagegen aufzutreten. Ob wir es ändern können, das kann ich hier nicht von meinem Sitz aus nicht beurteilen. Aber wenn niemand etwas dagegen sagt, dann wird auch der Zustand nicht geändert. Da können die besten Ansätze daran nichts rütteln. So glaube ich, daß wir in der Wohnbaufrage - ich sehe es ja gerade auch heute wieder, die Zahl der Wohnungswerber bei 40 % der Fälle sind geschieden, das ist auch ein Problem, das jetzt auch schon österreichweit Platz greift und das andere sind die Kosten der Wohnungen, daß heute nicht die passende Wohnung nach Familiengröße vermittelt werden kann. Ein drittes Problem ist, was ich nur persönlich kritisieren, aber weil es nicht Angelegenheit eines Wohnungsausschusses oder einer Wohnungsverwaltung, einer Gesellschaft sein kann, Wohnungen nach den Gesichtspunkten zu vermitteln, wer am meisten Ablöse bezahlt. Wenn es der Wohnungsinhaber in der Hand hat, die Wohnung an einem Untermieter zu vergeben oder selbst zu bezahlen, weil er die Mittel hat, dann gibt er sie nicht her. Dagegen kann man gar nichts unternehmen und der, der die Wohnung braucht kann sie nicht bekommen. Das sind Dinge, die halt nicht hineinpassen in den ganzen Gedanken einer sozialen Förderung im Wohnbau. Da gibt es sicherlich vieles zu bemängeln, Zu Ihrer Information, Kollege Holub, Wir haben ein neues Büro, das Büro Baumeister Schomann nunmehr. Ich stehe auf dem Standpunkt, wir haben mit den auswärtigen Architekten nicht immer die besten Erfahrungen. Warum sollen wir nicht die 4 in Steyr ansässigen Architekten nehmen.

Darf ich dann das Thema abschließen. Frage an die FPÖ, ob es ein Thema gibt. Nein. Gibt es bei der KPÖ ein Thema? Habt Ihr etwas. Bitte sehr.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Wir können das Thema gleich fortsetzen. Ich glaube, daß der Herr Bürgermeister mit seinen Abschlußworten vollkommen Recht hat, daß wir aufgrund der heutigen Situation nicht mehr davon sprechen können, daß es einen sozialen Wohnungsbau im allgemeinen, so auch in unserer Stadt gibt. Ich möchte seine Ausführungen unterstreichen. Man muß sich rühren, man

muß auch den den Mut haben, wenn es auch nicht gerne gesehen wird, von seiten der Obrigkeit in manchen Gremienparteien. Man muß hier die Dinge beim Wort nehmen. Und so glaube ich, wäre vielleicht eine Gelegenheit gewesen, bei den kürzlichen Besuch der Frau Staatssekretärin Eypeltauer in Steyr, die ja gerade auf diesem Sektor verantwortlich ist und hier sehr maßgebend auch beteiligt ist bei der Erstellung des neuen SP-Wohnungsprogrammes. Wenn ich mir das so ansehe, wie sie es präsentiert hat, dann wird es auch in Zukunft keinen sozialen Wohnungsbau geben. Im Gegenteil, es sind ja auch Gesetze beschlossen worden und zwar erst vor wenigen Tagen am 15. 5. 1982 im Parlament. Hier hat sich die SPÖ ja sehr groß und stark gemacht. Mit diesen Gesetzen war es nun notwendig, daß die GWG gestern und heute Briefe verschickte an ihre Mieter und vor allem an jene Mieter, die in Wohnungen wohnen, die mit günstigen Darlehen - wie heute schon gesagt wurde - errichtet wurden. Es handelt sich hier um den Bundeswohn- und Siedlungsfonds, der bis jetzt mit 1 %, glaube ich, verzinst wird. Aufgrund dieser schwierigen Situation in Österreich hat die SPÖ im Nationalrat am 15. Juni beschlossen, man muß hier ein bißchen danach trachten, daß mehr Miete bezahlt wird, d. h., daß man den Zinssatz von 1 % auf 4 % erhöhte. Daher schaut es so aus, daß man in so einer mittelmäßigen Wohnung der GWG der Stadt Steyr rückwirkend rund um 11 % mehr Miete entrichten müssen. Ich möchte auch in diesem Zusammenhang anschneiden, nicht nur diese Frage, es kommen ja viel mehr andere Probleme auf uns zu, beginnend aufgrund des neuen Gesetzes mit 1. Jänner bzw. sind aufgrund des neuen Mietrechtsänderungsgesetzes, das ja bekanntlich ab 1. 1. 1982 in Kraft ist, auch viele Bevölkerungsschichten schwer getroffen. Ich glaube, es ist ja auch nicht neu, besonders den Herrn Gemeinderäten im Münichholz, daß man zum Beispiel in diesen Wohnungen, die in der Kriegszeit errichtet wurden, die Möglichkeit gegeben hat, auch hier für die Darlehen, die hier verwendet wurden, höhere Zinssätze verrechnet. Damit ist es zu Zins-erhöhungen von monatlich S 200,-- gekommen, aber das ist ja nur die erste Rate. Es kommt ja im Jänner 1983 nochmal. Ich sage Ihnen heute schon, im Münichholz wird es mit den Wohnungen so sein, daß man mindestens S 5,-- bis S 6,-- pro m² hier bezahlen muß. Das heißt aber nicht, daß man annimmt, daß das damit etwas zu tun hat mit dem ganzen Verfahren, das jetzt im Münichholz läuft und ja neuerdings 150 Mio Schilling, wahrscheinlich von den Mietern aufgebracht werden müssen und daß umgerechnet wieder durchschnittlich rund S 10,-- pro m² ausmachen. Wenn es uns nicht gelingt, auch im Mieterschutz manche Maßnahmen zu setzen, daß Förderungsmittel von Steyr-Werke und Stadt kommen und auch vom Land, es dazu zu fast einer Verdoppelung des Mietzinses im Münichholz kommen wird. Das in einem Wohnviertel, wo viele ältere Menschen, die in Pension sind, die einen großen Anteil gehabt haben besonders in der Nachkriegszeit, daß sie mitgeholfen haben durch ihre Fähigkeiten und Arbeitsleistung diese Stadt wohnenswert zu machen. Aber darüber hinaus, nicht nur die WAG wird ihre Mieter dementsprechend belasten, sondern die GWG wird aufgrund des Wohnungsprogrammes, das die Staatssekretärin Eypeltauer kundgetan hat vor einigen Wochen laut SP-Wohnungsprogramm, auch die Möglichkeit bekommen, hier vor allem für Alt-Neubauwohnungen eine schnellere Rückzahlung verlangt, d. h. wiederum, daß es zu einer schweren Belastung der Mieter kommt. Also hier sehe ich, mit diesem SP-Wohnbauprogramm, das hier vorgestellt wurde von der Staatssekretärin, auf keinen Fall eine Lösung der Situation, wie wir sie jetzt auf dem Wohnungsmarkt vorgereifen.

Herr Gemeinderat Mayr verläßt um 16.55 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte namens der SPÖ wird dazu Kollege Schwarz dazu Stellung nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren! Die Diskussion auf dem Wohnbausektor ist natürlich permanent. Das hat wieder der Beitrag des Kollegen Tremel gezeigt. Erst ist darüber geklagt worden, daß die derzeitigen Baupreise verhältnismäßig hoch sind, daß also die jungen Familien Probleme haben, einzuziehen. Es gibt viele Wohnungen, die im Verhältnis zum Einkommen äußerst günstig sind. Ich möchte das ausdrücklich betonen. Diese Maßnahmen, die jetzt gesetzt worden sind, sind deswegen gesetzt worden, um hier einen gewissen Ausgleich herbeizuführen, das heißt, daß die Mittel schneller rückfließen; die Zinsen sind deswegen verändert worden, daß mehr in den Topf der Wohnbauförderung hineinkommt, damit die Förderungsmaßnahmen künftighin für diese Neubauwohnungen verbessert werden können. Das ist der Grund und die Ursache. Es ist lediglich ein System, das mehr Gerechtigkeit bringen soll als das bisher der Fall gewesen ist. Das möchte ich ganz deutlich sagen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber nach dem Einkommen steht überhaupt nichts im SP-Programm. Es kann nach wie vor ein Gewerbetreibender in einer solchen Wohnung wohnen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, aber es ist doch normal, daß ein Mieter in einer Wohnung wohnt, der vor 20 oder 25 Jahren dort eingezogen ist, dann hat er ja einen gewissen beruflichen Aufstieg. Das muß man ja auch sehen. Die jungen Leute beginnen ihren beruflichen Aufstieg und haben ein verhältnismäßig geringes Einkommen und da soll ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Auf das sollte man schon hinweisen. Wir kennen alle die große Problematik, die damit verbunden ist. Aber eines muß man auch sagen, es läßt sich sehr leicht hier sagen, es gehört mehr Geld her, aber hier bitte schön die Vorschläge machen, wo dieses Geld, der Topf, der vorhanden ist an Steuermitteln ist und hat nur ein bestimmtes Volumen und ist nicht ausdehnbar. Das ist eine Frage der Interessensabwägung. Christkindl gibt es keines, wenn es auch in Steyr einen Ort, eine Kirche und ein Postamt gibt, aber Christkindl gibt es keines, zu dem wir gehen können und sagen, bitte schön, gib mir etwas. Das ist nicht möglich und das muß halt die Gesamtheit tragen und in erster Linie diejenigen, die davon betroffen sind. Das ist leider nicht anders möglich. Ich bitte Sie also, das zu berücksichtigen und nicht nur immer sagen, da wird etwas erhöht, wer bitte soll das bezahlen. Das ist meine Frage an Dich zurück.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. ÖVP zu diesem Teil einen Beitrag? Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Christkindl gibt es halt keines, meine Damen und Herren, das haben wir gerade von Vizebürgermeister Schwarz gehört. Das muß man zur Kenntnis nehmen. Geld wird nicht geschenkt. Insoferne stimme ich mit Dir überein. Das "insofern" war mit 4 0 geschrieben, denn offenbar beim Konferenzzentrum gibt es ja dieses Christkindl. Vielleicht heißt es Scheich

Ali Ben Christkindl oder so ähnlich, obwohl dieser Scheich Ali Ben ohnehin nicht gekommen ist mit leerer Tasche. Er sucht auch noch sein Christkindl, das ihm seinen Urlaub abnimmt. Die Verschlechterung der Konditionen in den öffentlichen Wohnaufonds ist allerdings sehr bedenklich. Bedenklich rein in rechtlicher Hinsicht. Ich weiß, daß ich kein Jurist bin, sondern es handelt sich um eine Veränderung von Einzelförderungsverträgen, die nicht auf mehr oder weniger abgeschlossen wurden, sondern die eine dezidierte Förderungsabsicht in einer dezidierten Förderungshöhe ausgedrückt haben.

ZWISCHENRUF MAGISTRATSDIREKTOR DR. JOHANN EDER:

Die machen das gleiche wie die Banken, die Banken tun nämlich auch die Promessen dauernd ändern.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich bedanke mich für diesen Zwischenruf. Ich kenne mich in dieser Branche aus. Ich bin keine Bank, ich bin ein relativ geringfügiger Angestellter einer inländischen Kreditunternehmung. Ich habe ja gesagt, daß diese Förderungsverträge auf mehr oder weniger lauten werden während die Kreditverträge der österreichischen Banken in der Regel die Flexibilitätsklausel beinhalten. Das Faktum ist das gleiche, das müßten Sie als Jurist viel besser wissen als ich.

Es geht ja nicht nur um die Verschlechterung der Konditionen im Bundeswohn- und Siedlungsfonds sondern viel dramatischer wird es noch für die Leute werden, die nach dem Wohnhauswiederaufbaufonds gefördert sind. Das waren Förderungen auf 75 Jahre zu 0 % verzinst. Wenn man da jetzt die Absicht hat, diese Konditionen sowohl in Laufzeit als auch Verzinsung zu verändern, so bedeutet das, daß das ursprüngliche Darlehen a) früher zurückgezahlt werden muß und b) nunmehr mit einer Verzinsung wie mir scheint von 4 % zu rechnen ist. Ich bin mir fast sicher, daß es stimmt. Das wird für viele Mieter in der Stadt Steyr ein Erschwernis bedeuten, aber auch für viele Eigentümer von Eigentumswohnungen. Ich bin auch ein Betroffener, denn meine Wohnung ist auch mit 75 Jahren Wohnhauswiederaufbaufondsdarlehen gefördert, darum weiß ich ungefähr, was gespielt wird. Denn um das, was einem selber betrifft, kümmert man sich auch nicht zuletzt.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie werden es kaum erleben die Vollendung. Außer die Erwartung steigt.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich werde heuer 38 Jahre. Damit rechne ich nicht, dazu ist auch das Leben viel zu wechselseitig und zu strapaziös, das man führen muß. Die Wohnbauförderung bzw. diese Veränderungen an der Wohnbauförderung, diese neuen Gesetze wage ich zu bezweifeln, ob das ein System ist, das mehr Gerechtigkeit bringt. Denn alleine schon die Aussage, daß jemand nur weil er älter wurde, zur Kenntnis nehmen muß, daß seine Förderungen zu seinem Nachteil verändert werden. Das ist im höchsten Ausmaß bedenklich und man muß sich noch eines vor Augen führen, die Grundlage der seinerzeitigen Förderung war der mittlerweile schon überdachte Grundsatz der Objektförderung. Es wurde das Objekt gefördert mit allen Vor- und Nachteilen. Daraus haben sie eine gewisse Zeit hindurch bis herauf zu heute nicht nur aufgrund der hohen Laufzeit, nicht nur aufgrund der niedrigen oder Nullverzinsung erhebliche Mietvorteile ergeben. Das kritisierbare daran war, daß diese Vorurteile jeder gehabt hat. Der Einkommensstarke sowie der Einkommensschwache.

Das gebe ich zu und das wurde auch bedacht, als die ersten Vorschläge in Richtung auf Subjektförderung gekommen sind. Die sind ja nicht zuletzt vom derzeitigen Landeshauptmann Dr. Ratzenböck gekommen und zum Teil ist Ratzenböck dann in die Geschichte der Bauförderung eingegangen, weil sich ja dieser Grundsatz mit dem der Subsidiarität. Dieses vielfach unverstandene Wort heißt, daß man das Ausmaß an Belastung auf sich nehmen soll, das man aus freien Stücken ertragen kann. Was das übersteigt, sollte die öffentliche Hand oder die Gemeinschaft dafür eintreten, daß dem Einzelnen nicht Unzumutbares widerfährt. Insoferne reden wir ja alle von dem gleichen. Wir bemühen uns alle miteinander in der Politik, daß wir uns nicht verstehen und beweisen da erheblich große Konsequenz. Ich habe zuerst Deinen Zwischenruf nicht verstanden, kann daher nicht eingehen darauf. Bitte um Entschuldigung. Wir werden hier Bürgerunzufriedenheit erleben aufgrund dieser bundesgesetzlichen Änderungen. Mit dem werden wir alle miteinander wieder einmal fertig werden, denn der Bürger wird ja zu jeden von uns Mandataren kommen und wird uns sagen, was habt ihr denn jetzt schon wieder gemacht, daß die Mieten teurer werden.

BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. SPÖ dazu kein Beitrag. Der Parteientag wurde hier schon deklariert. Bitte, ich habe nicht die Absicht, meine Damen und Herren, in Anbetracht der hohen Luftfeuchtigkeit und der fortgeschrittenen Stunde und nachdem die Herren der Presse schon abgewandert sind, zahlt sich sowieso kein Zwischenruf mehr aus. Verzeihung, ein Vertreter ist noch hier, nein verzeihung, zwei Vertreter sind noch hier. Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde, ziemlich pünktlich auf die Minute genau angelangt. Ich danke Ihnen für die Mitwirkung an der heutigen Sitzung und wünsche Ihnen vor allem, so den bevorstehenden Ferien- und Urlaubstagen eine gute Erholung, viel Sonne und für 16. September ist die nächste Gemeinderatssitzung anberaumt. Das wäre dann die 5. im Jahr 1982. Die Sitzung ist damit beendet. Ich danke.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss eh.

DIE PROTOKOLLFÖHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB. Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPROFER:

Ehrenhuber Ingrid e. h.
Hochrather Karl e. h.